

# Demokrat

Zeitung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 98.—  
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einbindung der  
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Belegstellen  
Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

Служба редакция

2. Jahrgang.

Mittwoch, 8. November 1922.

Nr. 262.

## Für den nationalen Frieden!

Die deutschen Sozialdemokraten haben gestern im Abgeordnetenhaus eine bedeutende Anregung zur Anbahnung der Lösung der nationalen Frage gegeben: sie haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht — er trägt die Namen der Abgeordneten Dr. Czech, Cermak, Hillebrand und Genossen — der die Einsetzung eines 24gliedrigen Ausschusses verlangt, welcher Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Verhältnisse und besonders über die rechtliche Stellung der im Staate lebenden Nationalitäten auszuarbeiten und binnen drei Monaten dem Hause vorzulegen hat. Der Antrag trägt — ohne die Unterschrift Smerals, der in Moskau weilt — 117 Unterschriften, er muß also nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung, wenn sich nicht etwa die Regierungsparteien eines offenen Rechtsbruches schuldig machen, auf die Tagesordnung des Hauses gestellt werden. Welches Schicksal er hier erfährt, welche Stellung die Regierungsparteien zu ihm einnehmen werden, steht dahin, aber — und das ist das zweite Bedeutsame an dem Antrage — die Unterstützung, die er bei den anderen oppositionellen Parteien fand, behütet ihn davor, den Initiativauschuß passieren zu müssen, um dort lang- und langsam begraben zu werden. Außer den deutschen Sozialdemokraten als Anreger des Antrages, haben ihn sämtliche Mitglieder des Deutschen parlamentarischen Verbandes, sowie die Klubs der Kommunisten, der ungarischen Sozialdemokraten, der Slowakischen Volkspartei, der bürgerlichen ungarischen Abgeordneten und der Unabhängigen tschechischen Sozialdemokraten (Linke) unterschrieben. Zum erstenmal seit Bestand des tschechoslowakischen Parlamentes erzwingt hier die Opposition, daß auch ohne den Willen der Mehrheitsparteien, ein Antrag auf die Tagesordnung des Hauses gestellt werden muß, eine Tatsache, über die noch zu sprechen sein wird und an der die Regierungsparteien wohl nicht achtlos vorübergehen werden. Die Mehrheit wird aber gut tun, auch noch eine andere Tatsache nicht zu übersehen: daß dem Antrage, der den Willen zum nationalen Ausgleich aller den Staat bewohnenden Volksstämme ausdrückt, wenn etwa auch nicht die Mehrheit der Abgeordneten, so doch die Mehrheit der Bevölkerung zustimmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß außer den Massen der Bevölkerung, die hinter den Unterfertigten des Antrages stehen, auch in einem großen Teile der tschechischen Bevölkerung ebenso die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit und Schädlichkeit der heutigen nationalen Verhältnisse, wie der Wunsch und Wille nach Anbahnung eines gerechten Ausgleiches lebt, der den Weg für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau frei macht.

Die Einbringung des Antrages bedeutet, daß unsere Partei ihrer Mission wie ihrer internationalen sozialistischen Pflicht für den Frieden unter den Nationen zu wirken, treu geblieben ist. Unsere Partei hat in Oesterreich, da die Deutschen in der Machtstellung waren, nicht anders gesprochen, als sie dies jetzt durch diesen Antrag tut. Sie ist über den Verdacht erhaben, als verträte sie die Forderung nach der kulturellen Unabhängigkeit, der Selbstverwaltung aller Nationen erst etwa seit dem Zeitpunkt, da ihre eigene Nation im tschechoslowakischen Staate sich in eine ähnliche Lage, in der sich vor dem Umsturz die tschechische befand, gedrängt sieht, und gezwungen ist, das bittere Los einer unterdrückten Minderheit über sich ergehen zu lassen. Unsere Genossen im österreichischen Parlamente haben ungeachtet aller ihnen drohenden nationalen Verhöhnung um nichts weniger entschlossener und energischer als heute gegen die „Vestigungs“-Politik der Deutschbürgerlichen und für die dauernde Sicherung der nationalen Rechte aller Völker gekämpft, wobei sie damals allerdings auch die sozialdemokratischen Vertreter der anderen Nationen an ihrer Seite hatte, während die tschechischen Sozialdemokraten sich leider bis jetzt noch nicht zur Anerkennung dieser internationalen Pflicht durchgerungen haben. In der Erkenntnis, daß der nationale Streit als furcht-

## Für den nationalen Ausgleich.

Dringlichkeitsantrag der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus.  
Den sozialdemokratischen Antrag haben 117 Abgeordnete, fast die gesamte  
Opposition unterschrieben.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. November haben die Abgeordneten Genossen Dr. Czech, Cermak, Hillebrand und Genossen folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Es sei ein Ausschuß von 24 Mitgliedern zu wählen und zu beauftragen, Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Verhältnisse und besonders über die rechtliche Stellung der im Staate lebenden Nationalitäten auszuarbeiten und binnen drei Monaten dem Hause vorzulegen.

In formaler Beziehung wird die Geschäftsbehandlung nach § 55 der Geschäftsordnung beantragt.

Der Antrag trägt das Datum: Prag, am 26. Oktober 1922.

Der deutschsozialdemokratische Dringlichkeitsantrag trägt die Unterschriften der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der deutsch-ungarischen Sozialdemokraten, der tschechischen unabhängigen Sozialdemokraten (Brodecky-Gruppe), der kommunistischen Partei (mit Ausnahme des deutscheslaven Dr. Smeral), des Deutschen parlamentarischen Verbandes, der slowakischen Volkspartei und der ungarischen Christlichsozialen.

Die einhundertundsiebzig Unterschriften lauten:

Klub der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

Dr. Czech, Cermak, Hillebrand, Beutel, Blatny, Deutsch, Dietl, Fischer, Grünner, Dr. Haas, Hadenberg, Hausmann, Häusler, Heeger,

Fisch, Hoffmann, Holtscher, Joll, Kaufmann, Kirpal, Leibl, Palme, Pohl, Roscher, Schäfer, Schuster, Schweichhart, Taub, Uhl.

Klub der Abgeordneten der tschechoslowakischen unabhängigen Sozialdemokraten (Zentristen):

Brodecky, Charbat, Klein.

Klub der Abgeordneten der deutsch-ungarischen sozialdemokratischen Partei:

Borovský, Dr. Földessy, Mayer, Wittich.

Klub der Abgeordneten der tschechoslowakischen kommunistischen Partei:

Blazel, Bubnil, Burian, Darula, Hatan, Houzer, Koutny, Krejčí, Krejčí, Kůčera, Kunst, Mala, Merta, Mikulčík Ragh, Rouček, Stalal, Štannicoba, Šveclík, Tausil, Tešla, Toužil, Warmbrunn.

Die Abgeordneten der Parteien des Deutschen parlamentarischen Verbandes:

Böhmann, Fischer, Dr. Hanreich, Heller, Koller, Krejčí, Mayer, Pittinger, Ritzel, Schuster, Dr. Spina, Windisch, Zierhut; Dr. Boerax, Dr. Brunar, Dr. Fejersel, Ing. Kallina, Dr. Keibl, Kraus, Dr. Lehner, Dr. Lodgman, Mager, Dr. Redinger, Dr. Rabda, Dr. Schöllich, Sobel, Šöhr, Budig, Dr. Felerseil, Dr. Lufšla, Karl, Dr. Peteršila, Schöllig, Šharnagl-Würfel, Jung, Knirsch, Papek, Simm Benzyl; Dr. Kasta, Kofka.

Klub der Abgeordneten der slowakischen Volkspartei:

Bobol, Dr. Buday, Dr. Gazil, Hanclo, Hlinka, Dr. Juriga, Dr. Kubis, Dr. Labay, Ondereš, Tomanel, Tomik, Šrabec.

Klub der Abgeordneten der deutsch-ungarischen christlich-sozialen Partei:

Dr. Jablonický, Dr. Kormendi-Etes, Dr. Vellek, Valtovský.

bares Krebsübel die Erfüllung der großen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben hindert, brachten die Abgeordneten Seliger, Soukup, Dajnyšti, Pittoni und Witnyl im Jänner 1909 einen Dringlichkeitsantrag ein, der gegen die bürgerlichen Parteien den Vorwurf erhob, daß sie in jahrzehntelangem nationalen Kampfe die wichtigste nationale Frage ungelöst ließen: die Sicherung der nationalen Rechte durch Gesetz. Diese Gesetz, so wurde in dem Antrage gefordert, müßten Rechtsinstitutionen schaffen, die jeder Nation das Recht auf Selbstbestimmung sichern. Für die nationalen Minderheiten wurde gesetzlicher Schutz gegen jede Vergewaltigung verlangt. Mit besonderer Betonung wurde in dem Antrage auf die damals herrschende schwere industrielle Krise, die wachsende Arbeitslosigkeit und die Lebensmittel- und Wohnungssteuerung verwiesen, die auf der Arbeiterklasse lasten und welche die Beendigung des unfruchtbaren nationalen Streites besonders dringlich geboten erscheinen lassen, welche Begründung auch für den gestern eingebrachten Antrag Wort für Wort Geltung besitzt. Leider fand der Antrag, der die Einsetzung eines Ausgleichsausschusses verlangte, damals nicht die notwendige Mehrheit, denn fast alle bürgerlich-nationalen Parteien, Deutschnationalen, deutsche Christlichsozialen, nationale Tschechen und Polen, stimmten ihn nieder.

Dessen ungeachtet ließen sich unsere Genossen nicht entmutigen und es war Genosse Seliger, der noch in der Sommertagung desselben Jahres von dem Bestreben erfüllt, den

nationalen Streit zu mildern, die Regelung der Frage der Minderheitsschulen durch ein Reichsgesetz forderte, welches das Recht der Eltern, ihre Kinder in ihrer Muttersprache zu erziehen, festlegen sollte. In der Herbsttagung des Jahres 1909 nahmen die Sozialdemokraten den Antrag auf Einsetzung eines Ausgleichsausschusses wieder auf, der diesmal auch angenommen wurde. Daß die deutschbürgerlichen Parteien den Antrag dann dadurch unwirksam machten, daß sie den eingekippten Ausgleichsausschuß sabotierten, gehört auf ein anderes Blatt. Welcher Torheit und welches Verbrechens sie sich damals schuldig machten, das dürften die Herren in den letzten Jahren, allerdings zu spät, längst eingesehen haben. Die Erinnerung an dieses schwere geschichtliche Verhängnis sei hier nur festgehalten, um darzutun, wie auch in Oesterreich die Sozialdemokraten Mahner und Warner waren und für die Schaffung einer nationalen Rechtsordnung unermüdet zu wirken suchten. Noch am 25. Juli 1914, als schon die Katastrophe des Krieges sichtbar war, erließen die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Aufruf, in dem es hieß: „Wir wollen ein freies fortschreitendes Oesterreich, das sich aufbaut auf der Selbstregierung aller Nationen in diesem Staate, das allen die Möglichkeit kultureller Entwicklung bietet: wir wollen ein Oesterreich, das wirklich ein Bund freier Völker ist.“ Angesichts dieser Tatsachen wäre die Behauptung lächerlich und unsinnig, unsere Partei hätte, solange die deutsche Bourgeoisie die herrschende

## Ein Vorkob der französischen Sozialisten.

Gegen die Reparationskommission.

Paris, 6. November. (Wolff.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt. Der Sozialistenführer Blum sagte, Poincaré habe sich, als er Ministerpräsident geworden sei, gezwungen gesehen, seine kaum ausgenommenen Retorsionsmaßnahmen aufzugeben. Er habe auch nach London den Plan einer Herabsetzung der deutschen Schuld durch die Frankreich zu gewährenden Kompensationen mitgenommen. Die alliierten Unterhändler in Versailles hätten geglaubt, Deutschland werde für Milliarden Mark exportieren und die Mark werde rasch steigen. Alle Welt und auch die alliierten Regierungen hätten auf die Hausse der Mark gerechnet, denn sie hätten Milliarden Mark behalten. Die Urheber des Friedensvertrages von Versailles hätten sich getäuscht. Die deutsche Handelsbilanz sei nicht aktiv. Die Mark, die im Augenblicke der Unterzeichnung auf 50 Centimes gestanden sei, sei in einem Verhältnis gestürzt, das niemand erwartet habe. Wenn Deutschland importiere, verarmes, das habe Rathenau bewiesen. Deutschland geht dem industriellen und dem Währungs-Zusammenbrüche entgegen. Selbst England leidet unter der Wirtschaftskrise. Deutschland habe Arbeiter und zeige trotzdem die Erscheinung eines finanziellen und industriellen Zusammenbruchs. An die Möglichkeit einer Beteiligung an der deutschen Industrie glaube er, aber man könne weiter weder auf Goldzahlungen noch auf Warenexport rechnen. Bedauerlicherweise habe bisher die Besetzung der Rheinlande die Gesamtheit der deutschen Zahlungen verschlungen. Deutschland werde erst wieder Vertrauen zu sich selbst haben, wenn es bemerken werde, daß man im Auslande unparteiisch die Lage beurteile, so wie sie sei. Er glaube nicht daran, daß eine interalliierte Kontrollmaßnahme den Ausgleich des deutschen Budgets sicherstellen könne, weil der Wert der Mark nicht stabil sei. Um die Mark zu stabilisieren, müsse man die Inflation einstellen. Um das deutsche Geld zu valorisieren, genüge es nicht einmal, über die Goldreserve der Reichsbank zu verfügen.

Das Reparationsproblem könne weder durch Frankreich noch durch Deutschland geregelt werden. Alle Nationen der Welt müßten angesichts der gemeinsamen Gefahr die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, nämlich die Ausgabe eines internationalen Geldes, das in allen Staaten kursfähig sei. Alle von der Katastrophe bedrohten Nationen hätten ein Interesse daran, eine Kreditanstalt auszubauen, zu einer Valorisierung aller Währungen.

war, die Beseitigung des nationalen Unrechts weniger eifrig sich zum Ziele gesetzt, als nun, da die Machtstellung im Staate von der tschechischen Bourgeoisie bezogen erscheint.

An den tschechischen Parteien ist es, zu zeigen, ob sie sich der gleichen Verblendung schuldig machen wollen, deren sich einstmal im Gefühl und Besitze der Macht die Vertreter des deutschen Bürgertums hingaben, und die mit zum schließlichen Verhängnis der deutschen Bevölkerung beitrug. Daß Vorrechte, die nur auf der Gewalt beruhen, auch wenn sie augenblicklich noch so fest begründet erscheinen, auf die Dauer keinen Bestand haben können, das zu erkennen sollte gerade den tschechischen Parteien nicht schwer fallen, deren Kampf um das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes trotz aller schier unüberwindlichen Hemmnisse so erfolgreich war. Schmähtlich genug für sie, daß sie im Rausche des Erfolges an die Grundsätze von nationaler Gerechtigkeit vergaßen, für die sie selbst gekämpft haben, und gegen Nationen, welche die Friedensverträge unter die Herrschaft ihres Staates zwang, eine womöglich noch ärgere Unterdrückungspolitik übten, als sie selber einst am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Wollen sie die Beseitigung des lähmenden nationalen Streites und freie Bahn der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, dann werden und müssen sie dem Antrage der deutschen Sozialdemokraten, der den nationalen Frieden auf dem Boden dieses Staates anstrebt, zur Erfüllung helfen.

# Abgeordnetenhaus.

## Steuerbefreiung exterritorialer Personen. — Militärtaggeich.

Gestern fanden nur zwei normale Sitzungen statt, die beide sehr kurz waren; die zweite Sitzung dauerte gar nur zwei Minuten.

Die gestrige Sitzung wurde um 11 Uhr 25 Minuten vom Präsidenten Tomazef eröffnet.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtete der Abgeordnete Dr. Kosel als Referent des Budgetausschusses über den Beschlus des Senates betreffend den Regierungsvorschlag über das Gesetz zur Änderung der Befreiung exterritorialer Personen von den staatlichen und sonstigen öffentlichen Steuern und Abgaben. Der Referent führte aus, daß die Frage, auf welche Weise exterritoriale Personen von staatlichen und sonstigen öffentlichen Steuern befreit werden sollen, im alten Oesterreich nicht durch ein einheitliches Gesetz geregelt war, sondern daß in den einzelnen Fällen spezielle Verfügungen erlassen wurden. Die tschechoslowakische Republik hat diesen unhaltbaren Zustand mit übernommen und muß nun dafür Sorge tragen, daß diese Frage endlich geregelt wird. Befreiung von Steuern kann nur offiziellen fremden Missionen, wie es beispielsweise die Donaukommission und die Reparationskommission ist, bewilligt werden, keinesfalls aber Privaten, Propagandaunternehmen, wie es die amerikanische Heilsarmee ist.

Abg. Dr. Uhlir als Referent des Augen Ausschusses schließt sich den Ausführungen des ersten Redners an und erklärt, daß durch diese Neuregelung die Finanzverwaltung in Unstände sein wird, exterritorialen Personen, die nicht Angehörige des tschechoslowakischen Staates sind, Steuerbefreiungen zu bewilligen, über die bisher in den bestehenden Gesetzen nichts verfügt wurde, andererseits kann die Finanzverwaltung diese Steuerbefreiung auch solchen Personen zuwenden lassen, von denen in den Friedensverträgen nicht ausdrücklich die Rede war, die aber die Stellung exterritorialer Personen innehaben.

Hierauf spricht Abg. Dr. Kofka (d. dem. Kr. P.), der es als seine Pflicht betrachtet, bei der Verhandlung des vorliegenden Gesetzentwurfes darauf hinzuweisen, wie elend Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden, wenn die Mitarbeit der Opposition ausgeschaltet wird. Im Absche 2 des § 2 des Gesetzes wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, gegenüber unsympathischen Mächten und deren Vertretern jede Begünstigung auszuschalten. Er beantragt daher die Streichung dieses Absatzes.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der Gesetzentwurf in erster Lesung angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Kofka auf Streichung des von ihm erwähnten Absatzes fällt miem.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung gelangt der Antrag des Wehr- und Budgetausschusses über den Gesetzentwurf der Regierung, nach welchem die bisherigen Bestimmungen über die Militärtaxen aufgehoben werden, zur Verhandlung. Zu diesem Gesetzentwurf sprach für den Wehrausschuss Abg. Dumanek, für den Budgetausschuss Abg. Brada. Das Plenum lehnte hierauf einen Änderungsantrag der Abg. Sokol und Genossen, beim § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes die Worte „für die Jahre 1921 bis 1923“ zu streichen, mit den Stimmen der Mehrheit ab. Der Änderungsantrag hatte den Zweck, die bisherigen Bestimmungen über die Militärtaxen dauernd aufzuheben. Die Mehrheitsparteien nahmen natürlich in erster Lesung den vorliegenden Gesetzentwurf an.

Während der Vorsitzende Tomazef das Abstimmungsergebnis verkündet, erscheinen die kom-

# Ernste Verwicklungen im Nahen Osten.

London, 7. November. (Amtliches Radio.) In rascher Reihenfolge sind hier Notizen eingelangt, welche das Reich der türkischen Regierung betonen, die Einfahrt fremder Kriegsschiffe in die türkischen Häfen zu kontrollieren und verlangen, daß türkische Abteilungen die besetzten Gebiete betreten können, daß fremde Schiffe die türkische Flagge im Schwarzen Meere grüßen, und es schließlich als unmöglich erklären, daß alliierte Truppen aus weiterhin in einem Gebiete ständen, das sich unter der Souveränität der großen Nationalversammlung in Angora befindet. Alle diese Forderungen, die sich in offenem Widerspruch zum Protokoll von Mudania befinden, wurden von den Alliierten kurz und energig zurückgewiesen.

Die Konstantinopler Berichtslatter der Mütter verweisen auf die bedeutende Tatsache, daß die Antwort der alliierten Oberkommissäre innerhalb drei Stunden nach Erhalt der türki-

manistischen Abgeordneten im Saale und rufen: „Meine Herren, lassen Sie diese Sachen, soeben werden Arbeitslose geschlagen!“ „In der Beirichs-anstalt schlägt man arbeitslosen Arbeitern die Köpfe!“ „Die neue Regierung geht gegen die Arbeiterchaft mit Gummiknüeten vor!“ Diese Rufe der Kommunisten entsetzten im Saale einen allgemeinen Sturm und es kommt zwischen den Kommunisten und den tschechischen Sozialdemokraten zu lärmenden Auseinandersetzungen. Präsident Tomazef schließt inzwischen um 12 Uhr 30 die Sitzung.

Die zweite Sitzung wird vom Präsidenten Tomazef fünf Minuten später eröffnet. Nach Zuweisung einer Reihe von Anträgen an die diesbezüglichen Ausschüsse wird die Sitzung zwei Minuten später geschlossen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 9. um 1 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung statt: Bericht des sozialpolitischen und Budgetausschusses über den Gesetzentwurf der Regierung, demzufolge für die Arbeitslosenunterstützung ein Ergänzungsrecht bewilligt werden soll. Als weitere Punkte der Tagesordnung kommen die Gesetzentwürfe der heutigen Sitzung zur zweiten Lesung.

## Inland.

Wichtige Klubstzung, Donnerstag den 9. November, 10 Uhr vormittags, Sitzung des Klubs der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Klublokal, Rudolfsim. Anwesenheit aller Klubmitglieder unbedingt notwendig!

Gendarmen gegen Bergarbeiter. Der Bezirksvollzugsanstalt der tschechischen sozialistischen Partei in Duz richtet im „Ceste Slovo“ einen offenen Brief an das Ministerium des Innern, in dem es heißt: „In den letzten Tagen hat die Bergarbeiterschaft des hiesigen Bezirkes die Arbeit auf einigen Gruben eingestellt, um sich gegen das harte, ungerechtfertigte Vorgehen der Kohlenunternehmen und gegen die rapide Herabsetzung der Arbeiterlöhne zu wehren. Sie hat zur Vollführung der notwendigen Arbeiten die erforderlichen Kräfte in Arbeit gelassen, wie dies bei legalen Kämpfen die Regel ist. Trotzdem die hiesige Bergarbeiterschaft aktiven Anteil am Aufbaue der Republik nahm und unzähligmale durch ihr Verhalten Sinn für Ordnung gezeigt hat, wurden, sobald die Arbeit eingestellt war, in den hiesigen Bezirk in die verlassenen Gruben ganze Kompanien von Gendarmen dirigiert, ohne daß hiezu die geringste Ursache vorhanden war. Diese Maßnahme hat unter der Bevölkerung, insbesondere unter der Arbeiterschaft große Erregung und

schon Note verfaßt und dem Vertreter der Angoraregierung übergeben wurde.

Die Situation wird allgemein als ernst betrachtet, aber nicht, wie „Daily News“ hinzufügen, als alarmierend. Ueber die Note, welche die Abberufung der alliierten Truppen fordert, hätte Samid Bey erklärt, sie sei bloß eine Forderung, was nach Meinung der Korrespondenten den Türken die Möglichkeit lasse, in Anbetracht der energischen Ablehnung der Alliierten ohne Einbuße an Würde davon Abstand zu nehmen. Andererseits werden sich die Alliierten auch nicht der Verantwortlichkeit entziehen, welche auf ihnen in Angelegenheit der Aufrechterhaltung der Ordnung in der türkischen Hauptstadt ruht. Es muß hiebei ständig im Auge behalten werden, daß der von der Angoraregierung am 11. Oktober unterzeichnete Vertrag von Mudania u. a. festsetzt, daß die Truppen der Alliierten in den besetzten Gebieten bis zur Beendigung der Friedenskonferenz verbleiben.

Beunruhigung hervorgerufen, weil es den Anschein hat, daß die staatliche Macht den berechtigten Abwehrkampf unserer guten Bergleute durch grobe Gewalt brechen will. Wir glauben aber, daß die staatliche Verwaltung diese Absicht nicht hat und fordern, da zu Maßnahmen solcher Art nicht der geringste Grund vorhanden ist, im Interesse der Ruhe, die erwähnten Maßnahmen aufzuheben und die Gendarmerie, die aus anderen Bezirken hierher konzentriert wurde, möglichst bald abzurufen.“ Wir glauben nicht, daß die tschechischen Arbeiter so naiv sind, an einen Erfolg dieses Protestes zu glauben, so lange ihre Vertreter in der Regierung das herrschende System und mit ihm auch die Gendarmenpolitik der Regierung, die gestern auf den Prager Straßen neuerdings Polizeimittel auf die Arbeitslosen hat niedersaufen lassen, gutheißen werden.

## Aus dem Senat. Debatte über die Regierungserklärung im Senat.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde die Debatte über die Regierungserklärung eröffnet. Es kamen im ganzen drei Redner zu Wort, darunter nur ein Proredner, der aber auch mehr zu den Oppositionsrednern gerechnet werden konnte — der Nationaldemokrat Dr. Stranek, der scharfe Kritik an der ganzen Arbeit der Regierung übte. Nach ihm kam Genosse Dr. Heller zu Worte. Er zeigte auf, wie das reaktionäre System dieses Staates und insbesondere seine selbstherrliche Bürokratie den Schein von Demokratie überdeckt und die vielgepriesene tschechoslowakische Verfassung zu einer Farce herabwürdigte. Er replizierte unter anderem auch auf die „Antwort“, die der tschechische Sozialdemokrat Rejzner dem Genossen Dr. Czech im Abgeordnetenausschuss gab. Dem tschechischen Nationalsozialisten Lish, der sich unter den Zwischenrufern besonders hervortat, wurden einige gründliche Abfuhrn zuteil. — Die Rede war von starkem Beifall unserer Fraktion begleitet.

## Der Verlauf der Sitzung.

Die gestrige Senatsitzung wurde vom Vizepräsidenten Soukup um viertel fünf Uhr eröffnet. Nach Erledigung formaler Angelegenheiten wurde die Debatte über die Regierungserklärung, über

dringliche Interpellation der Sen. Dr. Soukup, Dr. Franta etc. und Gen. betreffend die Produktionskrise, Arbeitslosigkeit und unbegründete Lebensmittelsteuerung und über die dringliche Interpellation der Sen. Gen. Dr. Heller, Jarolik und Gen. gerichtet an die Regierung und vor allem an den Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gemeinsam eröffnet. Als erster Redner sprach

Sen. Jellinek (d. dem. Freiheitsp.). Er führte aus, daß diese Regierung den Höhenpunkt der Gegnerschaft gegen das deutsche Volk darstellt. Damit ja keine irrige Ansicht plagariert, findet ihr erstes Auftreten einen blutigen Widerhall in dem empörenden, feigen, nichtwürdigen Mordmord in Freudenthal. Nur der Haß gegen die deutschen Unternehmer und die deutschen Nachbarn und die wahnsinnige Grenzschuppolitik haben es zuzulassen gebracht, daß unsere blühende Industrie in kaum vier Jahren vollständig zugrunde gerichtet wurde. Der Finanzminister bezeichnet die Kriegsanleihe als eine „res indicata“, und da sage ich, erklärte der Redner, daß die Vollenlösung eine Forderung ist, von der wir niemals ablassen werden. (Sehr richtig!) Ein weiteres, überaus trauriges Kapitel ist die rücksichtslose Vergewaltigung unseres deutschen Schulwesens. Für die Deutschen gilt es, trotz aller Widerwärtigkeiten in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe auszuharren.

Sen. Dr. Stranek (Hö. Nat. Dem.) verwahrte sich dagegen, daß bei der Regierungsbildung auf den Senat keine Rücksicht genommen werde und protestierte gegen die Behandlung des Senates im allgemeinen. Er appellierte an die Koalition, die Parteizwistigkeiten fallen zu lassen. Was die Regierungserklärung über die Wirtschaftskrise betrifft, so sagte der Redner: „Es scheint, daß die Regierung nur bei ihren Worten stehen und nicht zu Taten schreiten wird.“ Redner kritisierte die enorme Teuerung, deren Ursachen er in den hohen Produktionskosten erblickt. Der Staat hat die Industrie ausgebeutet. Die Tschechoslowakei hat die teuersten Fahrt- und Frachttarife in ganz Europa. Redner trat für eine Aufhebung der Kohlenabgabe ein. Er forderte strenge Finanzkontrolle der Gemeinden. Er führte als Fall krasser Unwirtschaft die Stadt Madno an, die bei einer Einwohnerzahl von 19.000 Personen im Jahre 1922 ein Budget von 12 Millionen Kronen aufweist, und darauf erzählte er von einer Gemeinde aus der Umgebung Prag, die dem „Kingspiel“ Edeu eine Million Kronen geliehen haben soll. Hierauf wandte sich Dr. Stranek gegen Ledwansky, „Verständigung“ vom Hochverrat. In diesem Zusammenhang wünscht er ein Gesetz zum Schutz der Republik (Sen. Hingereiner: „Den Halsen! Geben Sie Gleichberechtigung und dann ist alles gut!“) Zum Schluß seiner Ausführungen übte er vor allem an der juristischen Administration scharfe Kritik. Er führte zwei Fälle von unglaublicher Korruption an. In der ersten Angelegenheit handelt es sich um die Bestechung von Kontrollorganen des Finanzministeriums, welche eine Paul revidierten. Im zweiten Falle wurde das Nationalvereidigungsministerium von einem Speiditeur mit einem Millionenbetrage bestochen. Beide Affären sind unterdrückt worden. Trotz alledem werde, erklärte der Redner, seine Partei für die Regierungserklärungen stimmen.

Dann sprach Senator Genosse Dr. Heller, dessen Rede wir an anderer Stelle wiedergeben. Nach seiner einseitigstündigen Rede wurde die Sitzung — um acht Uhr abends — geschlossen.

## Die Europäer in Smyrna.

London, 7. November. Die „Times“ berichtet aus Smyrna: Die Türken in Smyrna gestatten den Europäern nicht, die Stadt zu verlassen, außer wenn sie ein Schriftstück unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, nie wieder nach Smyrna zurückzukehren.

## Zahltag im Arbeitslosen-Amt.

Es gab ein paar Wochen, da kamen die Arbeitslosen in der aufgeregten Phantastie des Wiener Spielers gleich hinter dem Gottseibeiuns. Die Arbeitslosen — das war das drohende Schreckgespenst, das war der Bolschewismus, die Revolution, das war die unbeflegbare Gefahr. Man rief die Kolladen herunter, man versperkte die Türen — die Arbeitslosen kommen! Damals schlich sich auch in die Seele der unentwegt Be taglichen eine Ahnung von dem Umwetter, das da heranzog. Seither hat man sich wieder beruhigt. Der Gedanke an die Arbeitslosen wird zur Zeite geschoben wie so manch anderer ungewante Gedanke auch. Man zuckt die Achseln, ach Gott, es hat ja immer Arbeitslose gegeben — schließlich geht uns doch die Sache weiter nichts an. Es tate diesen grundfänglich Unbeteiligten vielleicht ganz gut, einmal ihre Spaziergänge bis zum „Wimberger“ auszuwehnen. Vielleicht söme auch den Leichtfertigkeiten und Gedankenlosen eine Vorstellung, was in dem Wort „arbeitslos“ für den Proletarier enthalten ist.

Es geht durchaus nicht wild und wüst zu, wie sich die Einbildungskraft des aufgeregten Bürgers wohl ausmalen mag. Im Gegenteil: wer einen Vergleich mit öffentlichen Sammelplätzen zieht, die dem Wiener Publikum im allgemeinen zugänglich sind, wer an Postämter, Gemeindeämter, Eisenbahnen denkt, dem fällt sofort die stramme Disziplin, das glatte Einfließen in die vorgeschriebene Ordnung auf. Es sind eben Arbeiter, die soziale Rucht — wenn man so sagen darf — in sich haben, nicht ewig nörgel- und traufelstüchtige Bürgerliche.

Aber wenn auch die Umstürzler-Stimmung fehlt, schon die Masse, die sich da Tag um Tag einführt — es werden 3—5000 Parteien täglich vorgenommen — bewirkt, daß in der großen Halle ein Zucken und Schwirren herrscht wie in einem Bienenkorb. Schon sechs Uhr morgens wird es um den „Wimberger“ lebendig. Da strömt es heraus aus den grauen Gassen des „Brilliantengrund“, da kommen sie in Scharen über die Stadtbahnbrücke herbei, Alte und Junge, Männer und Frauen, Lärmende und Schweigsame und ordnen sich in Reihen — wieder einmal „anstellen“. „Daß wir net aus der Übung kommen“, sagt eine große, derbstochige Frau mit verkniffenem, verbittertem Gesicht. „A hab mi ums Schmalz bei der Grobmarkthalle um zehn Uhr in der Nacht angestellt, daß i unter die Ersten bin. Jetzt komm' i erst um sechs in der Früh. Da sieht ma do glei, daß' uns besser geht.“ Sämisch lachend holt sie ihr Strickzeug hervor. Man kann sich über die Verbitterung nicht weiter wundern, zu viel des Glends ist über die Frau hereingebrochen. Ihr Aeltester ist gefallen, aber sie bekommt keine Entschädigung, weil ihr Mann sie erhalten hat. Der zweite Sohn geistig minderwertig, die Jüngste noch schulpflichtig. Von der Arbeitslosenunterstützung, die sie für ihren kranken Mann holt, müssen vier Menschen leben. Das ist nicht so einfach, selbst wenn man wie dieser Hilfsarbeiter in der „höchsten“ Gruppe ist und 10.000 Kronen täglich bekommt — den famosen Protzfuß von 165 Kronen wöchentlich für den Kopf nicht zu vergessen. Die Frau fragt ihren Nachbarn von fünf zu fünf Minuten nach der Zeit. Freilich hat sie sich „bei der Gnädigen“ entschuldigt. Aber die ist so „akurat“ und eine Bedienung für alle Tage findet man nicht so leicht, wenn man durch ein Frauenleiden gehindert ist,

die ganz schwere Hausarbeit zu machen. „Er“ — die vergrämte Frau bezeichnet nach guter alter Sitte ihren Ehemann so — „er“ hat früher nie erlaubt, daß sie sich plagt. Sie war immer nur „im Häuslichen und bei den Kindern“, obwohl „er“ nur ein Hilfsarbeiter ist. Aber jetzt geht's einfach nicht weiter. Was werden soll, wenn die dreißig Wochen der Arbeitslosenunterstützung abgelaufen sind und der Mann noch nicht so weit hergestellt ist, wieder Arbeit suchen zu können? Die Frau zuckt die Achseln, preßt die Lippen noch fester aufeinander und strickt, strickt, strickt mit wütender Hast, als hinge das Heil der Welt davon ab, ob sie mit dieser „Nöhre“ heute noch fertig wird.

Uebrigens stricken die Frauen fast alle. Sie stricken beim Anstellen, sie sitzen im Gewirr und Gewimmel der Halle auf den langen Bänken und klappern mit den Nadeln. Eine junge blonde Frau verarbeitet ein himmelblaues Garn zu einem Männerfoden von gewaltigen Dimensionen. „Die Wolle ist mir vom Wickelband übrig geblieben“, erzählt sie, „das hab' ich mir auch nicht gedacht, daß ich damit Soden anstricken werd.“ Die Nachbarinnen nicken lächelnd. Ja, man häßt' so manches nicht für möglich gehalten! „Was glauben Sie, war das einmal?“ fragt eine ältere Frau mit munteren, blühenden Braunaugen und hält einen feuerroten Wadenstutzen in die Höhe. „Das war eine Tischdecke aus gebältesten Sternen. Ich hab' sie aufgetrennt und die Wolle ist noch ganz gut. Jetzt wird's gefärbt.“ Ein junges Mädchen strickt einen „Jumper“, eine Kameradin einen Schal — schlechtgezahlte Teilarbeit, bei der die Ausbeutung oft ins Groteske geht. Wie sie da in langen Reihen sitzen, kann man der historischen Erinnerung an die „Tritkotausen“ schwer wehren. Sie sehen dem

Untergang einer geschichtlichen Epoche zu und striden.

Von Blutdurst ist zwar nicht viel zu merken. Müde und abgeplamt sehen die allermeisten drein, die sich da langsam, langsam vorwärtschieben, bis sie zum Schalter vorrücken. Sie haben alle einen Ausdruck der Qual und des Erschöpfens im Gesicht. Sogar die jungen Menschen sehen mutlos, sehen hilflos drein. Sie schämen sich und wissen nicht wofür. Denn das Märlein von der Arbeitsscheu, mit dem die bürgerliche Presse immer wieder ihre gläubigen Leser bewirrt, ist eine törichte Fabel. Unter allen von vielen Arbeitslosen, die täglich das städtische Amt passieren, ist wohl nicht ein einziger, der nicht tausendmal lieber Arbeit nehme als die Unterstützung. Wollte das Amt „unter Vertrag“ Arbeit vermitteln, alle die erwachsenen Männer fänden sich bereit, Arbeit zum Lohn für Fünfzehnjährige zu leisten, obwohl der um 70.000 Kronen in der Woche niedriger ist als der ihnen gebührende Mindestlohn. Da auch der Lohn für die 17—22jährigen Hilfsarbeiter noch um ein gutes Stück hinter den Löhnen für die Vollerwachsenen zurückbleibt, ist es kein Wunder, wenn die Unternehmer überhaupt nur Arbeiter unter dem 22. Lebensjahre suchen und die Familienväter leer ausgehen. Ueberhaupt die alten Arbeiter! Wer wollte sich vermessen, von der Tragödie der Angst und der Verzweiflung in ihrem vollen Ausmaß zu erzählen, die sich bei der Arbeitsvermittlung täglich abspielet! Da steht ein älterer Mann — klein, hager, einen gewaltigen steifen Hut auf dem Kopf und erzählt lebend, der ihn anflieht, ungefragt seine Geschichte. Daß er „Aelterner“ Tischler ist, 35 Jahre in einem Rielenbetrieb gearbeitet hat, dann hat ihn „der Deizel g'ritten“ und er wollte etwas von den „Kriegs-

# Demokratische „Verfassung“ — und Reaktion.

## Rede des Genossen Dr. Heller in der geistigen Senatsitzung.

Vor vierzehn Tagen sind hier drei Minister aufmarschiert und haben uns mitgeteilt, nach welchen Grundfragen sie regieren wollen. Das Programm der neuen Regierung wurde würdig eingeleitet durch den Schuß, der wenige Tage darauf in Freudenthal fiel. Es war geradezu wie ein Zeichen, ein Wahrzeichen dieses Staates, daß wenige Tage, nachdem die Herren uns ihr Programm mitgeteilt hatten, die Soldaten dieses Staates wehrlose Bürger überfielen und einen davon töteten. Es ist uns hier wieder von der Loyalität diesem Staat gegenüber gesprochen worden. Versuchen wir einmal in aller Ruhe unseren Standpunkt zu dieser gewiß sehr wichtigen Frage zu kennzeichnen. Dabei sei von vornherein festgesetzt, daß wir mit allen historischen Romanismen oder romantischer Dysterie von Hochverrat und ähnlichen Dingen nichts zu tun haben, daß wir auch Anklagungen von Hochverrat nicht sehr ernst zu nehmen in der Lage sind. Aber als Sie — und Sie allein — den Staat geändert, haben Sie uns nicht gefragt. Sie sind über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, rüchig hinweggegangen. Sie haben von vornherein der Grundfrage pralligiert, daß es in diesem Staat zwei Sorten von Menschen gibt: Die Angehörigen der Mehrheitsnation und die Angehörigen der Minderheitsnationen. Es ist unmöglich, von Menschen, die man von vornherein als besondere Kategorie mit geringen Rechten ausstattet, das Bekenntnis der Loyalität zu verlangen. Dann werden Sie dieses Bekenntnis mit Recht verlangen können, wenn Sie in diesem Staat den Unterschied zwischen den Nationen fallen lassen. Nun weisen Sie auf die Verfassung und auf das allgemeine Wahlrecht hin. Wenn die Herren, die keine Sozialisten sind, auf die Verfassung hinweisen, kann ich es noch verstehen; ich bin aber der Ansicht, daß Sozialisten auf die Verfassung eigentlich kein gar so großes Gewicht legen sollten. Verfassungsfragen sind Nachfragen. Geschriebene Verfassungen haben nur dann einen Sinn und Wert, wenn sie der genaue Ausdruck der Wirklichkeit in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind. Das kapitalistische Bürgertum versteht es sehr gut, die Verfassung jenen Inhalt zu geben, die es zur Ausübung seiner Herrschaft braucht. Die „Verfassung“ ist doch im zwanzigsten Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit. Aber auch diese Verfassung ist bis heute nicht zur Ausführung gekommen. Es sind seit Erlassung der Verfassung zweieinhalb Jahre in die Welt gegangen und wir leiden noch immer unter demselben A l e n ö s t e r e i c h i s c h e n R e i c h s - u n d V e r j a m - l u n g s g e s e z , unter demselben a l t e n , n i e - d e r t r ä c h t i g e n P r e s s e g e s e z , das den Behörden die Macht in die Hand gibt, täglich 30, 40, bis 50 Zeitungen zu konfiszieren. In Wirklichkeit herrscht die Bürokratie in diesem Staat. Es gelingt ihr, unsere schönsten Gesetze zu sabotieren. Ich erinnere an das gerade heute aktuelle Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Was hat daraus unsere Bürokratie gemacht? Es hat Tausende und Abertausende gegeben, denen nach dem Gesetz die Arbeitslosenunterstützung gebührt hätte und denen man sie durch Verordnungen, durch Geheimerlässe, durch Rundreisen von Beamten durch alle möglichen Chikanen genommen hat.

Mein Herr Vorredner hat sehr viel von der Wirtschaft in unseren Gemeinden gesprochen. Er hat den Versuch gemacht, Einzelerscheinungen zu verallgemeinern. Dagegen muß entschiedenster Protest eingeleitet werden. Wahr ist, daß diese Gemeinden nur allerprimitivsten Bedingungen des Wirtschaftslebens und ihres Budgets erfüllen und daß eben infolge der ungeheueren Teuerung aller Personal- und Sachausgaben ihre Budgets so aufgeschwollen sind, daß sie große Umlagen auferlegen müssen. Was tut aber diese Regierung gegen diese Gemeinden? Seitdem die Regierung erklärt hat: wir nehmen den Gemeinden

das Recht, ihre Steuern selbst einzubehalten und übertragen es auf die Steuerämter, seitdem sind die Gemeinden in ihren Einnahmen vollständig abhängig geworden von der Regierung und erst im Juli dieses Jahres hat die Regierung wieder einen natürlich heimlichen Erlass herausgegeben, in welchem den Steuerämtern aufgetragen wird, so wenig als möglich Steuergelder herauszugeben. Und heute ist es so bei uns, daß die Gemeinden den größten Teil der Umlagen vom Jahre 1920 und 1921 noch nicht erhalten haben. Die Steuern, die in den Gemeinden bezahlt werden und auch die Gemeindeforderungen, verwendet die Regierung für sich und die Gemeinden müssen betteln gehen um jeden Heller Voranschlag. Das ist ein Stück Verfassung dieses Staates. Auf diesem Umweg versucht man wieder einen Teil der Rechte der Staatsbürger zu kürzen.

Und unser Militarismus! Es ist hauer in dieser Beziehung das erste Mal, daß in einer Regierungserklärung von der Einführung der Militärs nicht mehr die Rede ist. Allerdings wenn wir von einem sehr wichtigen Mitglied einer derzeitigen Regierungspartei, nämlich vom Herrn Dr. Kramarich hören, was er in Prohnik gesagt hat, man möge in die tschechoslowakische Armee russische Offiziere der Wrangel-, der Koltschak- und Denikinarmee aufnehmen, jene reaktionärsten Elemente, dann wissen wir schon, wofür der Kurs geht. Von allen Seiten hören wir, daß alle die Uebergriffe, welche in der altösterreichischen Armee den Soldaten gegenüber Brauch waren, wieder kommen. Und da verlangen Sie Loyalität und Liebe? Das ist wieder ein Stück Verfassung. Ich habe mit sehr vielen Soldaten gesprochen und sie haben sich ungemein beschwert. (Zwischenruf des Sen. Lish.) Entschuldigen Sie, Herr Kollege Lish, ich sagte nicht, daß die deutschen Soldaten schlechter behandelt werden als die tschechischen, nein, alle werden gleich schlecht behandelt. Sie glauben es mir nicht. Da verweise ich nur auf die „Rote Doba“, ein Organ der Regierungsmehrheit, die geschrieben hat: „Unsere Armee ist eine Stütze des kapitalistischen Systems geworden.“

**Die Demokratie im öffentlichen Leben**

Vier Jahre besteht der Staat. Sie haben bis heute nicht gewagt, Wahlen ins Parlament in Karpatenrußland, in Gullschin, in Teschen, in Feldberg und Weitra durchzuführen. (Zwischenruf des Sen. Lish.) Kollege Lish wird nicht behaupten können, daß Wahlen in Karpatenrußland, in Gullschin, Teschen, Feldberg und Weitra, daß Gemeindevahlen, in der Slowakei stattgefunden haben. Und warum nicht? Weil sich aus unbekanntesten Ursachen ergibt, daß die Bewohner aller dieser Länder von dem Staat nichts wissen wollen, weil Sie sich vor diesen Wahlen fürchten.

Im Abgeordnetenhaus hat unser Genosse Dr. Czoch an alle Sozialdemokraten und Sozialisten überhaupt die Frage gerichtet, ob nicht sie den Beruf in sich haben sollten, den nationalen Ausgleich in diesem Lande herbeizuführen. Kollege Czoch hat darauf geantwortet, ist aber eigentlich der Beantwortung dieser Frage vollständig aus dem Wege gegangen. Er hat von der Notwendigkeit der tschechischen Sozialdemokraten, an der Regierung teilzunehmen, gesprochen, auf das deutsche Beispiel verwiesen, meiner Ansicht nach ein sehr schiefes Beispiel. Denn die deutschen Sozialdemokraten sind in einem Staat, der tatsächlich ununterbrochen von äußeren und inneren Feinden bedrängt ist, was Sie von der tschechoslowakischen Republik mit Recht kaum behaupten können. Tatsache ist, daß die Teilnahme der tschechischen Sozialdemokraten an der Regierung in diesem Staat nicht die ununterbrochene Abnahme des Einflusses der sozialistischen Parteien in diesem Staat verhindern konnte. Dort, wo andere sozialistische Parteien an der Regierung teilgenommen haben, haben sie es

nur dann und solange getan, solange sie in der Regierung maßgebenden Einfluß ausüben konnten. Die Befragung der einzelnen Ministerien zeigt, daß die wichtigsten, von den Feinden der Arbeiterschaft, von Klassengegnern besetzt sind, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in den letzten drei Jahren in geradezu ungeheurer Weise gesunken ist. Die österreichischen Sozialdemokraten haben in den zwei Jahren, die sie in Oesterreich mitregiert haben, für die Arbeiterschaft viel mehr geleistet als Sie in den vier Jahren hier. Schon der Herr Kollege Strawitsch hat angeführt, daß es nicht im Interesse des Staates gelegen sein kann, wenn derselbe aus einem Industriestaat in einen Agrarstaat zurückgeht. Das unterschreibe ich vollständig. Sie richten durch ihre Wirtschaftspolitik unsere Industrie zugrunde. Es gibt eine Schicht im Staate, die von dem allem profitiert, die B a n k e n. Das gesamte Wirtschaftsleben in diesem Staate wird heute von drei oder vier Großbanken beherrscht, vor allem von der Z i b n o s t e n s k a b a n k a, die es verstanden hat, sich die Wiener Banken anzugliedern. Wie hat man es nach dem Umsturz gemacht? Das Bankamt für Finanzen, in dem der heutige Finanzminister vom ersten Tage an die ausschlaggebende Rolle gespielt hat, hat einfach diesen Banken die Herausgabe von Mitteln für die Industrie zur Auszahlung der Löhne verweigert, wenn sie sich nicht dem Diktat der Zibnostenska banka unterwarfen. Die wirkliche Macht in diesem Staate haben die Banken in der Hand und umsonstere als sie repräsentiert sind durch die einflussreichsten Mitglieder der Regierung. Es ist ganz richtig, wenn gesagt wird, daß die Reaktion überall vorwärts geht. Gewiß, aber was geschieht in diesem Staate, um der Reaktion einen Riegel vorzuschieben?

Ringsum in der ganzen Welt sehen wir die Reaktion wachsen. Glauben Sie, daß Sie vor dieser Reaktion bewahrt sein werden? Zumal Sie die

**Gegponenten der Reaktion in Ihre Regierung aufnehmen!**

Dieserjenige, die in unserem Lande in allererster Linie die Vertreter der Reaktion, vielleicht auch der monarchistischen Reaktion sind, — siehe Dr. Kramarich! — haben alle Nachmittel, die Polizei, die Bürokratie, das Bankentwesen in der Hand. Die Reaktion herrscht in allen Staaten, mit denen Sie verbündet sind, in Jugoslawien und in Rumänien. Dadurch, daß Sie (die tschechischen Sozialisten, d. Red.) durch Ihre nationale Politik die Einigung der sozialistischen Parteien in diesem Lande unmöglich machen, leisten Sie unbedeutend und ungewollt der Reaktion in diesem Staate Vorschub.

Ich möchte nun mit einigen Worten auch auf die Ausführungen des Herrn Ministers Dr. Benesch zurückkommen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dafür eintreten, daß den Oesterreichern geholfen werden muß und auch daß diejenigen, die Oesterreich Geld borgen, sich alle möglichen wirtschaftlichen Garantien schaffen. Das ist in einem kapitalistischen Staat ganz selbstverständlich. Aber nicht selbstverständlich ist, was Oesterreich auszufragen wird, von den Völkerverbündeten, vor allem von der Tschechoslowakei und deren Minister des Äußeren, das ist die politische Verfassung. Die österreichische Regierung soll eine Blankoobligation erhalten, alle Betriebe des Staates, Bahnen, Posten, Telegraphen abzugeben, im Verordnungswege die Vorschriften bezüglich des Gerichtsverfahrens, Zivil- und Strafprozesses abzuändern, den Elektrizitätswirtschaftsrot aufzuheben, die Zahl der Mittelschulen zu vermindern! Alle Oberlandesgerichte werden abgeschafft. Bälle werden auf die wichtigsten Lebensmittel gelegt und zwar Bälle vom Jahre 1906. Die Grundsteuer wird herabgesetzt, und die Steuern selbst kann die Regierung jederzeit im Verordnungswege ändern. Daß sie auf diesem Umwege das österreichische Volk entrechten und verfluchen, dem werden wir unsere Zustimmung niemals erteilen. (Sehr richtig!) Und wenn es eines bedurft hätte, um uns von der vollständigen Schädlichkeit des Völkerverbundes zu über-

zeugen, so war es diese Tat. Stellen Sie sich vor, daß man Ihnen so etwas zumuten würde! Und da möchte ich dem leider abwesenden Herrn Kollegen Strawitsch auf seine Worte erwidern, daß es den Deutschen nirgends so gut geht, wie in diesem Staate. Ja, mit Ausnahme der Deutschen in der Schweiz haben wir die höchste Valuta. Aber wenn mit der Valuta Rot und Glend der Arbeiterschaft verbunden ist, wenn mit der Valuta nationale Unterdrückung verbunden ist, dann hört sich das Zufriedensein von selbst auf und es ist ein frivoles Wort zu sagen, daß das Glück eines Volkes nur darin besteht, ob es in einem Lande mit guter oder schlechter Valuta ist. (Beifall.)

Ein paar Worte noch zum Expose des Herrn Finanzministers.

Das Budget für das Jahr 1923 weist einen Abgang von ungefähr einer halben Milliarde auf. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß das erste Budget, welches dem Ministerium vorlag, einen Abgang von 6.25 Milliarden aufweist. Wie kann man nun von 6.25 Milliarden bis auf 0.5 Milliarden hinunterkommen? Wer sich das Budget, das heute vorgelegt wurde, etwas genauer ansieht, bemerkt, daß es aufgebaut auf unwarhen, den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Ziffern ist. Die Kohlenabgabe und Umsatzsteuer wird um je 400 Millionen herabgesetzt. Trotzdem weist das Budget für das Finanzministerium nur einen Abgang gegen das Vorjahr um ungefähr 73 Millionen aus. Eine ganz große Anzahl von Steuern, von denen man heute in der Krise ganz genau weiß, daß sie im Jahre 1923 viel weniger einbringen als im Jahre 1922, sind für 1923 in das Präliminare mit einem weit höheren Betrag eingesezt worden als für 1922. Es sind das die Einkommensteuer, die Erwerbsteuer, die Erwerbsteuer von Aktiengesellschaften, die Stempel-, Gerichtsgebühren, die um nicht weniger als 180 Millionen Kronen höher für 1923 als früher eingesezt sind, es sind die Zölle, bei denen das Plus 108 Millionen beträgt, die Zolleinktionen, um 40 Millionen, die Wasserkräftensteuer, die um 10 Millionen steigt, die Fahrkartensteuer, die um 30 Millionen steigt, die Frachtsteuer, die um nahezu 100 Millionen steigt, usw. Dieses Budget verhält die tatsächlichen Zustände. Dieses Budget liegt in der Linie der Politik der tschechoslowakischen Regierung. Das ist jene Politik des Ausweites von Handelsbilanzen, der Veröffentlichungen durch die Gesandtschaften und Konsulate im Ausland. Es ist nachgewiesen, daß in einem einzigen Außenhandelsausweis, ich glaube vom Jänner oder Februar die Post Zuder in der Ausfuhrziffer um 500 Millionen höher angegeben ist, als der Wahrheit entspricht hat! Meine Herren, mit falschen Ausweisen hat man im Ausland eine Meinung von der Prosperität in diesem Staate erweckt, welche viel dazu beigetragen hat, die Spekulation auf die tschechoslowakische Krone zu lenken. Es ist sehr viel über die Ursachen der Krise, in der wir stecken, gesprochen worden. Gewiß sind diese Ursachen zum Teil westwirtschaftlicher Natur, solcher Art, daß wir keinen Einfluß auf sie nehmen können. Das zu verlegen wäre ungerecht, obwohl auch die tschechoslowakische Republik in ihrer Außenpolitik auf die Politik der Entente Einfluß genommen hat und zu nehmen versucht hat, in einer für diesen Staat recht gefährlichen Weise, indem die tschechoslowakische Republik und insbesondere ihr Außenminister auf der vollständigen Einhaltung der Friedensverträge die ganze äußere Politik dieses Staates aufgedeckt haben. Diese Friedensverträge sind letzten Endes die Ursache der Krise, in der wir heute in diesem Staate leben. Denn ohne diese Lasten, ohne die ungeheueren Reparationen wäre die Welt nie so gesunken, wäre nie Deutschland zu dieser Anspannung aller Arbeitskräfte, zu dieser Konfurrenz gegen das Ausland, gezwungen und ohne diese Friedensverträge hätten wir — wir hätten zwar immer Krisen gehabt, denn Krisen sind mit dem kapitalistischen System untrennbar verbunden, — nicht Krisen von dieser ungeheueren Ausdehnung und unabsehbarer Dauer. Und wenn wir uns darüber klar werden wollen, müssen wir sagen, daß diese Krise hauptsächlich darauf be-

gewinnen“ der Arbeiter einheimen. Im August 1918 war er in eine Munitionsfabrik eingetreten. Als die Konjunktur vorüber war, floß er mit tausend anderen auf Pfaffen. Seither fand er bald da, bald dort Arbeit, aber nie auf lange. Zuhause hat er eine halbblinde Frau, die ein schweres Nervenerleiden pflegebedürftig macht. Statt aber gepflegt zu werden, muß sie ihre Wirtschaft führen, und weil es nicht immer so lauter aussieht, wie es sollte, haben ein paar „Gönnerinnen“, die mitunter ein bißchen Unterstützung leisten, ihre Hilfe eingestellt. Die kranke Frau ist nicht mehr „würdig“, sagen die vornehmlichen Hausfrauen, in deren Haus eine fremde Hand alle notwendige Arbeit macht und wo alles „am Schürchen“ geht. Der Alte erzählt das ohne Bitterkeit, er hat sich mit der Weltordnung, wie sie jetzt ist, abgefunden. Aber daß er keine Arbeit bekommen kann, ruft wilde Verzweiflung bei ihm hervor. Er hat schon alles versucht, sogar als Kohlenträger hat er sich kürzlich gemeldet, aber da er ein gebrochenes und schlecht verheiltes Schlüsselbein hat, wurde er zurückgewiesen. Und jetzt klopft er jeden Tag an das Schiebefensterchen und jeden Tag heißt es: „Heute ist wieder nichts da für Er.“ Was soll da nur werden, wenn die Unterstützungskrist verstreicht, ohne daß er Arbeit findet? Fragend blickt er von einem zum andern. Die Männer sehen finster drein — ihre Zukunft steht vor ihnen in diesem ängstlichen, umhergehenden Kreis. Als der Alte seine Unterstützung ausgezahlt erhält, bemüht er sich, das Geld in einen altmodischen Tabaksbeutel zu stopfen. Die Schürke reihen und die Papiere fliegen umher. Jahn Hände greifen darnach und reichen sie dem Alten hin — da fehlt auch nicht ein Heller. Wie es denn über-

haupt nicht vorkommen soll, daß im Arbeitslosen-Amt gestohlen wird. Und das will viel besagen, denn die Leute, namentlich die Männer, tragen das Geld in Bündeln offen in der Hand oder stopfen es arglos in die Tasche. Trotzdem hat sich noch kein Anwerbschaftsbeschluß ereignet. Die Solidarität der Arbeit und die Solidarität des Glends verbindet die Gäste dieses Hauses.

Um Kohlenaufkaufler für eine Bahn fanden sich übrigens im Hundert Arbeiter und das, obwohl die Betriebsleitung die Forderung nach „Unbescholtenheit“ erhob. Die Leute, die den modernen Arbeiter mit Vorliebe als Dieb vorstellen, sollten das wohl bemerken. Unter den Aufgenommenen war auch ein ehemaliger Offizier. Im allgemeinen aber hat die Arbeitsuche der Offiziere und geistigen Arbeiter fast vollständig aufgehört. Diese „Ersten“ im Lande haben so ziemlich alle schon wieder einen sicheren Unterschlupf gefunden, in einem Amt, im Handel oder auch Auswanderung. Der Handarbeiter kann sich freilich nicht auswählen. Unter den vielen Tausenden, die sich um Hilfsarbeit bemühen — das Arbeitslosenamt am Neubau-Gürtel vermittelt nur diese Art von Arbeit — sind genug „Ausgelernte“. Sie nehmen jede Arbeit, sie gehen gerne von Wien weg. Da steht ein junger Bursch, das grüne Lobenhütchen in der Hand. Er ist Mechaniker, erkannte aber unmittelbar vor Beendigung der Lehrzeit und sucht jetzt Arbeit, Arbeit welcher Art immer. Ein Stück Brot — sonst nichts.

Schwieriger ist die Sache bei den Frauen, die sich zumest nicht entschließen können, eine Stellung als Hausgehilfin anzunehmen. Die Armen aber, die sich darob enträsten, sollten lieber bedenken, wie groß das Widerstreben gegen diese Form der Arbeit mit allem Elanverstum, das

immer noch in ihr steckt, sein muß, wenn die Frauen den Hunger vorziehen.

Während sich die Menge langsam vorwärtszieht, entsteht eine Bewegung bei der Türe. Ein blonder, etwa sechsjähriger Junge ist eingetreten. Er sucht seinen Vater. Der soll sofort heimkommen, hat die Mutter gesagt. „Es ist ein Herr da.“ Die Männer nicken, sie kennen das. Das bedeutet: Gelegenheitsarbeit. Man hat selten viel Freude daran. Dem einen ist beim Möbeltragen die Hand gequetscht worden, daß er sie wochenlang nicht gebrauchen konnte und Unfallversicherung war natürlich nicht gezeichnet. Der andere hat sich bei einer Arbeit am Donauufer einen schweren Rheumatismus zugezogen. Trotzdem — man nimmt, was man bekommt. Also muß der Kamerad ausgespart werden. Dröhnende Männerstimmen rufen den Namen — vergeblich. Man erkundigt sich bei dem kleinen Kerl nach dem Aussehen und erhält die erfreuliche Antwort: „Der Vater schaut grad so aus wie ich, nur ein bißel größer.“ Da das zur Auffindung auch nicht genügt, wird der Bub von dem Längsten auf die Schulter gehoben und zieht im Triumph durch die Halle. Die Frauen winkeln ihm zu und ein hochschwangeres junges Weib läßt die „Mausjähnderln“ an dem Kinderstrümpchen eine kleine Weile rühren, um dem Kind nachgesehen. Dann sagt sie leuzend: „Ich hätte so gern einen Bub.“ Ihre Nachbarinnen lächeln.

Immer neue Arbeitslose drängen nach, immer weiter rückt man vor. Hat man die Kontrolle passiert, dann geht es zum Auszahlungs-schalter. Welche Arbeit hier von den Kameraden, welche Arbeit im ganzen Amt von den Beamten geleistet wird, davon kann sich der Aufsehende

lan meine Vorstellung machen. An fünf Kassen werden täglich 2—5000 Parteien vorgenommen. Die Auszahlung geht in unheimlichem Tempo vor sich — die Banknoten fliegen, weiter, zum nächsten. Der Bezahlte hält bedäuf sein Bündel Scheine in der Hand und wird zum Ausgang geschoben. Draußen in der freien Luft fühlt man erst, wie heiß und stichig es drinnen gewesen. Da steht ein alter Mann und zählt bedäuf seinen Schatz. Er schüttelt den Kopf — so viel Geld! Und dann wandert er langsam zur Obstlerin hinüber, sucht mit den Augen die größte von den schwarzen Semmeln heraus, greift danach, zahlt und beißt hinein, noch ehe er das Kleingeld bekommen hat. „I hab seit gestern auf d' Nacht nix gefressn“ entzückt er bei den Umstehenden. Aber die bürgerlichen Blätter wissen nur davon zu berichten, wenn ein Lump in einer Nacht die Arbeitslosen-Unterstützung verfaßt. Das ist ein Argument, das immer wieder wirkt. Von den 40.000, die jetzt in Wien die Arbeitslosen-Unterstützung beziehen, von den ungezählten anderen Arbeitslosen, die den Anspruch darauf schon verwirkt haben oder die nicht lange genug in Arbeit gestanden, um ihn zu erwerben, von den vielen Tausenden, die hunnert und frieren müssen, weil es für ihre wunde kein Wert gibt, von allen denen weiß die bürgerliche Welt nichts. Sie will nichts wissen, sie will nichts hören und sehen, von der Tragödie des Proletariats, die sich Tag um Tag am Neubau-Gürtel entrollt, von der Tragödie: arbeitslos.

Klara Mautner.

ruht, daß die Kaufkraft unserer Krone im Ausland viel geringer ist als ihre Kaufkraft im Ausland. Während der Wert der Krone auf ein Sechstel des Friedenswertes gesunken ist, steht die Teuerung auf dem 11. bis 12.fachen und damit ist klar ausgedrückt, daß der innere Wert nur die Hälfte des Außenwertes ist. Nun hat ja der Herr Ministerpräsident selbst darauf hingewiesen, daß zum Teil daran die Spekulation schuld ist, aber ich habe Ihnen schon klar gesagt, wie die tschechoslowakische Regierung ihre gefährlichen und unrichtigen Ausweise die Spekulation angeregt hat und man kann daher die Regierung nicht von dem Vorwurf freisprechen, zu diesem unglückseligen, raschen Aufstieg der Krone mit beigetragen zu haben. (Schluß folgt.)

## Aus dem Budgetauschuß.

Der Budgetauschuß tagte in der Nacht vom 6. zum 7. November bis drei Uhr früh. Nach dem Ministerpräsidenten ergriff das Wort Abg. Genosse T a u b. Er beklagte sich darüber, daß das Ministerium für soziale Fürsorge, für Gesundheitswesen und Volksernährung bloß mit 4.84 Prozent am Budget partizipiere. Im Inneren des Staates lehnte er die Verbindung des Ministeriums für soziale Fürsorge mit dem für öffentliches Gesundheitswesen ab und begründete es, daß der Krankenratstil größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Er befaßte sich hierauf mit der Wohnungs- und Bauvorsorge und erklärte, daß das Gesetz über die Baubewegung mit seinen einschränkenden Bestimmungen es verschuldete, daß die bisher ausgeführten Bauten nicht den hygienischen Anforderungen entsprechen. Er verlangte eine rasche Erledigung der Gesetze um die staatliche Garantiebewilligung und verlangte die Vorlegung eines Ausweises über die Verwendung des Geldes zur Unterstützung der sozialen Einrichtungen im Jahre 1922. Er beklagte sich über die langsame Erledigung der Gesetze der Kriegsbeschädigten, sprach sich für die Errichtung einer einheitlichen Krankenversicherung aus und gegen jeden Versuch, die Krankenversicherung zu zersplittern. Was die Frage der Arbeitslosenunterstützung angeht, so erklärte er den für sie im Budget ausgeworfenen Posten für ungenügend. Zum Schluß sprach er sich für die Krankenversicherung der Arbeitslosen aus. Sodann befaßte sich Abg. N o v a k (tsch. Sozdem.) mit der Frage der Kriegsbeschädigten.

Es sprachen weiter die Abg. V u b n i k (Komm.) B e t r o v s k y (tsch. Natdem.) W i n d i r s c h (B. d. L.), der für die Verknüpfung der Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge und öffentliches Gesundheitswesen eintritt, B e n d a (tsch. Sozdem.) und M o d r a z e l (tsch. fortshr. Soz.) Abg. D i e l l polemisiert gegen die Ausführungen des Abgeordneten W i n d i r s c h, grundsätzlich sprach er sich für die Erhaltung des Volksernährungsministeriums aus, für das auch in normalen Zeiten genug Arbeit zu tun sein wird. Eine gewisse Bedeutung hat das Ministerium auch beim Preisabbau. Es ist notwendig, sich um die Kontrolle der Preise zu sorgen. Das Ministerium sollte sich auch um die Vieheinfuhr kümmern und die Viehaustruhr verhindern, so lange wir mit der Fleischnot zu kämpfen haben. Redner verlangte eine nähere Erklärung über den Stand der liquidierenden Zentralstellen. Die wichtigste Aufgabe des Ministeriums für Volksernährung ist, rasch einen Gehörtsbericht über die Errichtung der Konsumtensammern vorzulegen, zuletzt wünschte er, daß das Ministerium in Anbetracht des Preisabbaus einen angemessenen Einfluß auf die Verschärfung der Umsatzsteuer nehme.

Es sprachen weiter die Abgeordneten P r a s e l (tsch. Soz.) und S o r a k (Gewerbetreibende), worauf Ministerpräsident in Beantwortung der Anfragen erklärte, die Regierung habe die feste Absicht, zugleich mit der angekündigten Sozialversicherung auch die Alters- und Invaliditätsversicherung der Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte durchzuführen.

In der Abend Sitzung behandelte Abgeordneter Genosse Dr. S o l i t s c h e r die Verhältnisse im Prager Allgemeinen Krankenhaus und im Pasternak-Institut. Er verlangte von der Regierung, sie möge die Uebelstände beseitigen und die Krankenhäuser überhaupt besser dotieren. Er sprach die Defizite der Krankenhäuser in der Slowakei und gab seine Zustimmung dazu, daß der Staat die Heilquellen so weit sie im Besitze des Privatkapitals sind, übernehme und sie um einen billigen Preis der Bevölkerung zugänglich mache. Dagegen kritisierte er die Verstaatlichung des Joachimsthaler Luxushotels und trat für einen rationalen Vorgang bei der Radiumgewinnung ein. Er forderte einen Ausbau des Heimes für überflüssige Kinder in Jivdau und eine Erhöhung des für die Kreis- und Gemeinärzte ausgeworfenen Budgetpostens, eine gründliche Reform der Schiffsprüfungen und die Errichtung einer sozialärztlichen Akademie. Er sprach die Befürchtung aus, daß die Jugendfürsorge zersplittert werde und den Wunsch, daß ein Verzeichnis der Subventionen angelegt werde. Nachdem noch Abg. C e r n y (tsch. Agr.) gesprochen hatte, reagierte Dr. F r a n k auf die vorgebrachten Beschwerden und erklärte unter anderem, daß in den allernächsten Tagen ein Gesetzentwurf auf die Abänderung des Gesetzes betreffend die Bestrafung des Wuchers im Ausschusse zur Verhandlung gelangen wird. Er konstatierte, daß in der Frage der Notwendigkeit oder Überflüssigkeit des Ernährungsministeriums große Unklarheit herrsche, man müsse sich aber vor Augen halten, daß wir eine große Reihe von Ministerien besitzen, die für die Produktion Sorge tragen und

daß es daher auch am Platze sei, daß ein Organ sich mit den Fragen der Konsumtens befasse. Der Staat muß in bestimmter Weise auf die Preisbildung Einfluß nehmen.

Gesundheitsminister S r a m e l sagte u. a.: Die Beschwerden über die Zustände in den Krankenhäusern sind vielfach begründet, aber die Hauptursachen für die bestehenden Zustände liegen in den mangelnden finanziellen Mitteln. Früher kam ein Bett auf 4000 Kronen pro Jahr, im vorigen Jahre stellten sich die Kosten für ein Bett auf 100.000 K., heuter auf 60.000 K.

Sodarauf war die Verhandlung dieser Gruppe des Staatsvoranschlags beendet und des Ausschusses ging zur nächsten Gruppe über, nämlich zu dem Voranschlag des Eisenbahn- und Postministeriums.

Zum Kapitel Postministerium referierte Abg. Z e i d e l (tsch. Nat.-Soz.). Zum Kapitel Eisenbahnministerium referierte Abg. V u k i v a l. In der Debatte hiezu sprach unter anderem Genosse Abg. S a d e n b e r g, der betonte, daß die Ertragsfähigkeit der Bahnen nicht auf Kosten der Arbeitslosigkeit darf der Staat Personal nicht entlassen, sondern er muß sich im Gegenteil um dessen Beschäftigung sorgen. Auch darf bei der Reduktion des Personals nicht auf nationalistiche Bestrebungen Rücksicht genommen werden. Ueberhaupt müssen die Bahnen als geschäftliches Unternehmen angeführt werden und allen Nationen dieses Staates genügen. Er sprach sich für die Errichtung einiger Lokalbahnen aus und für eine praktische Zusammenfassung der Fahrpläne.

Abg. Genosse D i e l l forderte Aufklärung über das Ergebnis der Telephonanleihe. Er beantragte eine rasche Herabsetzung der Posttarife und der Telephongebühren. Da zum Beispiel die Beseitigung vollständig verfehlt war, wäre es nötig, die Beamtenschaft von diesem Uebel zu befreien. Redner sprach sich für den Ausbau des Telephonnetzes im Grenzgebiet aus.

Auf die im Laufe der Aussprache vorgebrachten Wünsche und Beschwerden erwiderte Minister für Post- und Telegraph, T u e n y, daß die Postverwaltung nicht sofort mit der Herabsetzung der Gebühren vorgehen könne. Der Minister betonte die großen Fortschritte, die in Bezug auf die Sicherheit des Postverkehrs zu verzeichnen sind. Auf eine Anfrage des Ergebnisses der Telephonanleihe teilte der Minister mit, daß diese 320 Millionen ergeben habe.

Eisenbahnminister S t i b r n y nahm in seiner Rede das Betriebspersonal gegen die von einzelnen Rednern vorgebrachten Beschwerden in Schutz. Die Elektrifizierung der Staatsbahnen befindet sich im Vorbereitungsstadium. Gegenüber einer geäußerten Beschwerde erklärte der Minister, daß das Eisenbahnministerium auf dem Boden des Gesetzes über den Achtsundentag steht, daß es aber gewisse Dienstkategorien gibt, wo es nicht zur Durchführung gelangen kann. Die Ersparnisse in den Personalausgaben beruhen nicht auf einer gewaltsamen Reduzierung des Personals oder Herabsetzung der Bezüge, sondern auf dem natürlichen Abgang durch Todesfälle, Pensionierung usw., die zahlreicher waren, als die Verwaltung erwartet hatte. Was die Verbilligung der Eisenbahntarife anlangt, wolle das Eisenbahnministerium durch Ersparnisse zu einer Verbilligung des Verkehrs gelangen.

## Aus dem Kulturausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses fand das Gesetz betreffend die Auszahlung einer einmaligen Anleihe zu den Pensionen der Lehrer der von den Kirchen und Gemeinden erhaltenen Volks- und Bürgerschulen in der Slowakei Annahme. Durch dieses Gesetz wird der Schulminister ermächtigt, diesen Lehrern zu den bisher ausbezogenen Ruhe- und Versorgungsgeldern eine einmalige Anleihe auszus zahlen, und zwar für die Jahre 1919, 21, 22 und 23. Diese Anleihe beträgt für Lehrer 1000 K., für Witwen 700 K. und für Waisen 140 K. Die Genossen S i l l e b r a n d und S o f f m a n n beantragten die Streichung einer Bestimmung, wonach es dem freien Ermessen des Ministeriums anheimgestellt ist, diese Anleihe zu gewähren. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Resolutionsantrag des Kommunisten S o u s e r, der eine Reform des Schulwesens in der Slowakei forderte.

## Telegramme.

### Sozialdemokratischer Selbstschutz in Bayern.

München, 7. November. (Tsch. P. B.) Die Funktionäre der Münchner Gewerkschaften, Betriebsräte und Konsumgenossenschaften der sozialdemokratischen Partei nahmen am Montagabend in einer überfüllten Versammlung Stellung zu den Gefahren, die der deutschen Republik durch den bayerischen Faschismus drohen. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, einen Selbstschutz ins Leben zu rufen, der in allen Betrieben, Fabriken und Büros gebildet werden soll, um Anschläge der Rechtsradikalen auf die Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften der Partei und sozialistischen Presse zu verhindern.

## Die Vorschläge der deutschen Regierung.

Neuerlicher Kursturz der Mark.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Die gestrige Antwortnote der Reparationskommission an die deutsche Regierung ist bisher im Wortlaut nicht bekannt gegeben worden. Man weiß lediglich, daß sie durchaus sachlich gehalten ist und daß die pessimistischen Meldungen der Pariser Blätter nicht begründet sind. Die Verhandlungen sollen auf jeden Fall fortgeführt werden. Die Reichsregierung hat sich bereits mit einem neuen Schreiben an die Reparationskommission befaßt, das die verlangten präzisen Vorschläge enthalten soll. Heute Nachmittag gab der Reichskanzler den Parteiführern einen Ueberblick über die Lage, der allerdings mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen nicht vollständig war. Eine Diskussion wurde nicht eröffnet, da der Kanzler die Parteiführer für morgen zu einer neuen Besprechung eingeladen hat. Die Regierung hat inzwischen die Vorbereitungen zur Ausarbeitung präziser Vorschläge getroffen. Bei der endgültigen Stellungnahme sollen die Meinungen der internationalen Sachverständigen nicht unberücksichtigt bleiben. Die Konferenz dieser Sachverständigen hat allerdings zu keiner einheitlichen Auffassung geführt. Sie wird der Regierung drei Gutachten unterbreiten, die morgen veröffentlicht werden sollen. Sobald die neuen Vorschläge überreicht sind, wird die Reparationskommission Berlin verlassen, da sie hier eine Entscheidung nicht fällen, sondern sich nur über die deutschen Verhältnisse informieren wollte. In den Verhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission über die Kohlenlieferungen wiesen die deutschen Vertreter nach, daß die Lieferung der Reparationsstoffe für Deutschland eine schwere finanzielle Belastung bedeutet, die auf die übrigen Verhältnisse ungünstig zurückwirkt. Deutschland führt mehr Kohle ein, als es abführt, die es zu Weltmarktpreisen bezahlen muß. Dagegen bekommt Deutschland für die Reparationsstoffe keine Entschädigung, während es den Wertgegenständen zu Zahlungen verpflichtet ist. Barthou erklärte, daß die Reparationskommission von Paris aus eine Entscheidung treffen werde.

In der Börse werden die Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung und die Aussichten für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens sehr ungünstig beurteilt. Das Vertrauen zur deutschen Mark ist fast gänzlich geschwunden. So stehen wir wieder mitten in einer Devisenkrise. Der Dollar ist von 6408 auf 8428, das englische Pfund von 28.428 auf 37.400, der Schweizer Frank von 1128 auf 1551, die tschechische Krone von 206 auf 284 gestiegen. Die Verteuerung aller Lebens- und Verbrauchsmittel hält mit dieser Kurstimmung fast gleichen Schritt.

## Deutsche Wahlziele in Pölnisch-Ober-Schlesien.

Berlin, 7. November. (Tsch. P. B.) Blättermeldungen über das Ergebnis der Sejmwahlen in Pölnisch-Oberschlesien zufolge entfielen in Königs hütte von 28.380 abgegebenen Stimmen 22.225 auf die deutsche Liste. Auch in K a t o w i z und M y s l o w i z steht die deutsche Liste an erster Stelle, während sie in Bismarckhütte, Rohnitz und Sobran in kurzem Abstand der Liste Korfanth's folgt.

## Innere Kämpfe in Italien.

Rom, 6. November. (Tsch. P. B.) Sonntag kam es in mehreren Städten zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Sozialisten. In Tarent entwickelte sich ein Feuergefecht zwischen Faschisten und Nationalisten, wobei sieben Personen getötet wurden. In Turin veranstalteten die Faschisten eine Demonstration gegen den durchreisenden italienischen Volkshäfter in Paris, Grafen Sforza. Der Waggon, in dem sich der Volkshäfter befand, wurde abgeköpelt und der Volkshäfter aufgefördert, auszustiegen. Truppen zerstreuten die Demonstranten.

## Das Programm der Kemalisten auf der Orientkonferenz.

Konstantinopel, 6. November. (Sabas.) Nach einem Bericht aus englischer Quelle hat die Nationalversammlung von Angora Ahmet Feicha die Befehle erteilt, in Lausanne die Vertretung der folgenden Punkte durchzuführen: Die durch den nationalen Pakt vorgesehene Grenzentscheidung seitens Griechenlands, die Aufhebung der Kapitulationen, eine Abänderung der Grenzen Frans und Mesopotamiens und die vollständige finanzielle, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit.

## Die Durchfahrt durch die Meerengen.

Konstantinopel, 6. November. (Tsch. P. B.) Die Oberkommissare der Alliierten haben die Forderung der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen von der Erlaubnis durch die türkischen Behörden abhängig sein soll, kategorisch abgelehnt. Nach Ansicht der Alliierten stehen die Forderungen der Türken im Widerspruch mit den Waffenstillstandsverträgen von Mudros vom Oktober 1918 und dem Abkommen von Mudania.

## Genossen, lebet und verbreitet die Arbeiterpresse.

## Tages-Neuigkeiten.

### Polizisten gegen Arbeitslose.

Gestern Vormittag fand auf dem Hauptplatz in Prag 11 eine Versammlung von Arbeitslosen statt, die von den Kommunisten überufen worden war und in der verschiedene Redner, wie auch einige Abgeordnete gegen den geringen Willen, der Arbeitslosigkeit zu steuern scharfen Protest erhoben. Es wurde eine Resolution angenommen, die durch eine neungliedrige Deputation dem Parlamente vorgelegt werden soll. Als die Versammlung um halb 12 Uhr zu Ende war, forderte man die Teilnehmer auf, in Ruhe auseinanderzugehen. Ein Teil der Arbeitslosen wollte jedoch zum Parlamente ziehen, und versammelte sich an der Ecke der Heinrichsgasse. Als nun die Arbeitslosen in geschlossenem Zuge in die Heinrichsgasse einbogen, kam die Verbandschaft der Polizei in Aktion, die sich in der Heinrichsgasse befindet, aus ihrem Lokale herausgelassen und begann gegen die Demonstranten vorzugehen. Die Polizisten ließen es sich nicht nehmen, von ihren Gummiknüeten Gebrauch zu machen, mit denen sie erbarungslos auf die Teilnehmer des Demonstrationzuges einwirkten. Durch dieses skandalöse Vorgehen erreichten es die Polizisten allerdings, daß der Demonstrationzug in wenigen Minuten auseinandergetrieben war. Die Polizei verhaftete dabei neun Personen, von denen vier wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angezeigt wurden. Ein Teil der Demonstranten begab sich dann in kleinen Abteilungen in die Altstadt, wo er sich in der Kreuzherrngasse, in der Nähe des Parlaments versammelte. Doch auch hier wurden die Leute von der Wache mit Hilfe des „Bendrels“ verjagt, wobei wieder vier Personen verhaftet wurden. Der Polizeibericht meldet, daß durch die Demonstranten ein Revierinspektor und drei Wachleute verletzt wurden.

Das bei der Auseinandersetzung des Demonstrationzuges zu Tage getretene brutale Vorgehen der Sicherheitsorgane veranlaßte die kommunistischen Abgeordneten zu ihren demonstrativen Zwischenrufen bei der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, während Präsident Tomaschek das Abstimmungsergebnis vorlas. Jedenfalls erfordert dieser unerhörte Vorfall, bei dem man bewaffnete Polizisten auf schloßlose demonstrierende Menschen geschickt hat, die schärfste Untersuchung.

Ein Bubenstreich in Jvittau. Durch bisher unbekannte Täter wurde die Fahnenstange auf dem tschechischen Sportplatz angefaßt und durch den am Sonntag herrschenden Sturm umgeworfen. Allem Anscheine nach gibt es in Jvittau Elemente, denen das bisherige duldsame Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten ein Dorn im Auge ist und die sehr gerne Gewalttätigkeiten probieren möchten. Abgesehen davon, daß durch das Umfallen der Stange sehr leicht ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt werden konnte, ist diese Biberie auch aus anderen Gründen auf das schärfste zu verurteilen. Wenn wir annehmen, daß einige nationale Chauvinisten diese Gemeinheit verübten, dann haben sie damit unserem Volkstum gewiß keinen Dienst erwiesen und nur zur Verhöhnung der Gemüter auf beiden Seiten beigetragen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß dieses Vorkommnis für einige überreife Angehörige der Menschheit ein gefundenes Fressen sein wird, um darzutun, wie schlecht es den Tschechen hier geht und wie sie drangsalieren werden. Jeder vernünftige Deutsche, und vor allem die sozialistisch denkende Arbeiterschaft verurteilt auf das entschiedenste eine solche Handlungsweise, die nur von unverantwortlichen Hebern verübt worden sein kann. Verwahrung muß jedoch dagegen eingelegt werden, wenn dieses Bubenstück als ein Akt „deutscher Kultur“ hinzustellen versucht wird, wie dies bereits durch eine Tafel geschehen ist. Für die Taten einzelner Individuen das ganze Volk verantwortlich zu machen, ist denn doch ein Unrecht, gegen welches protestiert werden muß. Die Arbeiterschaft wird auf der Wacht sein, um jede Neigung nationalistischer Bestrebungen, die nur dazu dient verhehrend und schädigend zu wirken, im Keime zu unterdrücken.

Verzürzte Freunde. Die gestrige „Deutsche Landpost“ bringt mit großer Lettern über drei Spalten auf der ersten Seite eine Nachricht mit der Ueberschrift „Das Ende des roten Sachsen“, worin ausgeführt ist, daß die Landtagswahlen zugunsten der bürgerlichen Parteien verlaufen sind. — Lange wird wohl die Freude der Herren von der grünen Fahne nicht gedauert haben.

Praktiken des Prager Telephonamtes. Wir haben in unserer gestrigen Nummer darüber berichtet, wie die Prager Telephonzentrale mit uns „verkehrt“. Wir urgieren am Samstag unser Berliner Telephongespräch und die Prager Telephonzentrale hatte die Lebenswürdigkeit, uns als Bande, die sich ausstopfen lassen soll, zu bezeichnen. Aber nicht genug an diesem Späß — ließ sie auch nach Berlin sagen, daß wir auf das Gespräch verzichten. Natürlich ist dies absolut unwahr, wir haben am Samstag nicht auf das Berliner Gespräch verzichtet, sondern im Gegenteil — wir haben es zweimal urgirt. Wir fragen neuerdings die Postdirektion: Wird sie ihren Beamten verbieten, im amtlichen Verkehr derartige „Witze“ zu machen? Wir fragen auch den Herrn Postminister: Wird er dafür sorgen, daß einer Zeitung in Hinkunft durch die Willfür eines Beamten nicht mehr ihre Telephonverbindung abgeschnitten wird?

Der Denkmalssturz in Freudenhal. Die Abgeordneten Hans J o l l, Th. S a d e n b e r g, Rud. S e e g e r haben im Abgeordnetenhause, die



**Ausschüsse und Vertrauensmänner und vier** Vorstandsmitglieder teilnahmen. Unter den Delegierten waren nicht weniger als 69 Frauen. Die Versammlung wurde mit einem Nachruf des Verstorbenen für die in diesem Jahr verstorbenen Mitglieder des Vereines, insbesondere des Genossen Reichelt-Eichwald, eröffnet, der drei Jahrzehnte lang keine Kraft der Genossenschaft genossen hat. Den Vorstandsbericht erstattete der Obmann des Vereines Genosse Pantrac (die wichtigsten Zahlen des Geschäftsberichtes haben wir bereits veröffentlicht). Genosse Pantrac unterbreitete die Anträge des Vorstandes, wonach wieder das Sparmarkensystem eingeführt werden und eine Hausagitation in der nächsten Zeit entfaltet werden soll. Ebenso referierte Genosse Kremer über die Auffassung des Warenrabatts. Zur Frage der Verschmelzung mit der Döfberger Einkaufsgenossenschaft sprach Genosse Siart. Der bezügliche Antrag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. Sodann wurden die notwendigen Ersatzwahlen vorgenommen.

**Die Preisrevolution in Deutschland.** In dem von der „Frankfurter Zeitung“ berechneten Großhandelsindex der Preise sieht man, wie die Teuerung in Deutschland im letzten Monat wieder geradezu ungeheure Fortschritte gemacht hat. Nimmt man den Preisindex in der Vorkriegszeit mit 100 an, so betrug dieser am 1. Jänner 1920 1965, am 1. Jänner 1921 2130, am 1. Jänner 1922 4217. Im Laufe des Jahres 1920 sind also die Preise nur wenig gestiegen, im Laufe des Jahres 1921 aber haben sie sich verdoppelt. Das wird weitaus übertrieben durch die Entwicklung im Jahre 1922. Im Februar betrug der Index schon 4599, im März 5420, im April 6703, im Mai 7384, im Juni 7851, im Juli 9102, im August 13.978, im September 29.116, im Oktober 43.222 und im November 94.492. Die Warenpreise sind also in Deutschland im Durchschnitt 950mal so hoch als vor dem Kriege. Zum Vergleich sei der amerikanische Index angeführt, der zu Beginn des Jahres 52 betrug und jetzt etwa 64 beträgt. — In den letzten Tagen sind auch an der Berliner Börse die Kurse der Aktien sprunghaft in die Höhe geschwenkt. So stand am 27. Oktober Deutsch-Luxemburg (Montanwerte) auf 6200, Gelsenkirchen auf 6750, Phönix auf 6800. Am 3. November standen diese drei Papiere jedoch auf 16.000, beziehungsweise 24.000, beziehungsweise 17.500.

**Stinnes in Ungarn.** Wie die „Pestische Zeitung“ meldet, schweben Verhandlungen zwischen Stinnes und der ungarischen Eisenkonstruktionsgesellschaft Sipak u. Comp. Danach ist das Aktienkapital dieser Gesellschaft von 80 auf 180 Millionen ungarischer Kronen erhöht worden, von dem ein Teil von Stinnes übernommen wird. Stinnes selbst soll der Vizepräsident der Gesellschaft werden.

**Der Achtstundentag in Schweden.** Die Abteilung für Arbeitsfragen des Schwedischen Sozialdepartements hat seinerzeit von der schwedischen Regierung den Auftrag erhalten, eine Untersuchung über die Wirkungen des gesetzlichen Achtstundentages in Schweden zu veranstalten. In einem ausführlichen Bericht wird jetzt das Ergebnis dieser Untersuchung bekanntgegeben. Es wird in dem Bericht hervorgehoben, daß es bei den jetzigen großen Spannungen im Wirtschaftsjahresleben fast unmöglich ist, ein objektives Urteil über die Wirkungen des Gesetzes zu fällen. Während von Arbeitgeberseite betont wird, daß das Gesetz als ein großes Unglück für das ganze Land zu betrachten sei, bezeichnen die befragten Arbeiterorganisationen es als einen großen sozialen Fortschritt, als das beste Gesetz, das jemals für die Arbeiter geschaffen worden sei. Es wird weiter hervorgehoben, daß das Gesetz die Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen in den Betrieben kräftig fördert, wenn auch zugestanden werden muß, daß die Produktionskosten im allgemeinen erhöht worden und einigen Betrieben, hauptsächlich innerhalb des Transportgewerbes, Schwierigkeiten entstanden sind. Die Behauptung, daß der Achtstundentag gleichzeitig eine Herabsetzung der Arbeitsintensität bewirkt hat, ist durch eine Spezialuntersuchung in einigen Betrieben besonders untersucht worden. Anhand dieser Untersuchung wird festgestellt, daß diese Behauptung im allgemeinen nicht zutrifft und daß die Arbeitsintensität sich im Gegenteil dauernd erhöht. Nach Ansicht der Verfasser des Berichtes sind die Wirkungen des Gesetzes im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen, und er empfiehlt deshalb der Regierung, die Geltungsdauer des Gesetzes um drei Jahre zu verlängern. Es werden jedoch einige kleinere Änderungen vorgeschlagen u. a., daß die Zahl der erlaubten Überstunden von 30 auf 40 pro Kalendermonat erhöht wird, jedoch soll die bisherige Bestimmung, die nicht mehr als 200 Stunden jährlich zuläßt, bestehen bleiben.

**Deviänturje.**

Die tschechische Krone notiert in:  
 Zürich . . . . . Schw. Frank 0'17.75  
 Berlin . . . . . Mark 274.34  
 Wien . . . . . österr. Kr. 2340.00

**Prager Kurje.**

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1210.50	1214.50
100 Mark . . . . .	0'28.50	0'48.50
100 schwed. Frank . . . . .	569.75	572.75
100 Lire . . . . .	126.75	128.25
100 franz. Frank . . . . .	203.25	204.75
1 Pfund Sterling . . . . .	137.50	139.00
1 Dollar . . . . .	31'00.00	31'40.00
100 belg. Frank . . . . .	190.00	192.00
100 Dinar . . . . .	50.75	51.25
100 österr. Kronen . . . . .	0'93.75	0'94.75
100 poln. Mark . . . . .	0'14.00	0'24.00
100 ungar. Kronen . . . . .	1'21.00	1'81.00

**Züricher Schlußkurje.**

Berlin . . . . .	0'06.57	Paris . . . . .	35'00.00
Wien . . . . .	0'000.73	Parland . . . . .	2'45.00
Drog . . . . .	17.75	Budapest . . . . .	0'22.00
London . . . . .	213.00	Artem . . . . .	2'20.10
New York . . . . .	5'45.25	Warschau . . . . .	0'04.00
London . . . . .	24'27.01	Wien zeit. . . . .	0'00.75

**Kunst und Wissen.**

„Rosa Nischul“, „Frau Lohengrin“. (Neues Deutsches Theater.) In zwei angeblichen Lustspielen ist Gisela Werbezirl als Gast aufgetreten. Die Wahrheit gebietet uns, des Gastes lobend zu erwähnen, obwar er seine Künste an diese beiden Schmäcker verschwendet; hat, und ebenso ungerade wäre es, auch die anderen Spieler und Spielerinnen, die gleichfalls beurteilt waren, in den beiden Stücken mitzuarbeiten, ohne Lob zu lassen. Sonst wäre nichts zu loben: weder unsere Direktion, die sich nach Kräften und mit Erfolg bemüht, die Prager deutsche Bühne auf das Niveau des Budapest Theater hinunterzubringen, das früher einmal im Hofbräuhaus welt bessere Sachen bot, als man sie uns jetzt vorbringt; noch unser liebes Publikum, das derartigen Müßiggang, nur weil Frau Werbezirl auf weanerisch jähelt, mit Wonne schmeckt und sogar verbaut. P.

**Neues Theater.** Heute, den 8.: „Die Hugenotten“ (Gastspiel Krauß-Musil); Donnerstag, den 9.: „Frau Lohengrin“ (mit Werbezirl), die Schiller-Feier mußte verschoben werden; Freitag, den 10.: „Martha“ (Gastspiel Krauß-Musil); Samstag, den 11.: „Der Barbier von Bagdad“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Die schöne Helena“, abends „Die Bajadere“.

**Kleine Bühne.** Heute, den 8.: „Frau Lohengrin“ (mit Werbezirl); Freitag, den 10.: „Lebende Stunden“; Samstag, den 11.: „Bambou“; Sonntag, den 12.: nachmittags „Der Wermolt“, abends „Papa“.

**Bildungsarbeit.**

„Im Lande der Schabattassen, Völkerkunde, liches aus dem Ost-Tibet“, lautete das Thema zu einem Lichtbildervortrag, mit welchem es der bekannte deutsche Tibet-Forscher E. D. H. H. verstand, die Mitglieder der Parteioorganisation Oberkautensdorf reichlich zwei Stunden hindurch auf das Interessanteste zu unterhalten und zu belehren. Einleitend schilderte der Vortragende in lebensvollen Worten das verschlossene Land als ein Hochalpengebiet von wunderbarer Schönheit, in welchem die Gebirgshähe bis 6000 Meter, ja mit einzelnen Gipfeln bis 8000 Meter in den Himmel ragen, dann ging er auf die geistige Kultur der dortigen Völker über, die ihren Mittelpunkt in der noch alles in Fesseln haltenden Religion hat. Überall im Lande verstreut liegen Hunderte von Klöstern, in welchen der entartete zentralasiatische Buddhismus die sonderbarsten Auswüchse zeitigt. An der Hand der hochinteressantesten Lichtbilder wurden die aufmerksamen Zuhörer sogar bis in das geheimnisvolle Innere der Klöster und Tempel hineingeführt. Vom allgemeinen Interesse dürfte es sein, daß der alles beherrschende Glaube sich soweit vertieft hat, daß das Beten sogar mechanisch ausgeführt wird. Tausende von niedergeschriebenen Gebeten werden in großen Trommeln eingeschlossen und diese werden dann mechanisch bewegt. Am zweiten Teile brachte der Vortragende neue Kunde von der Regierungsform und der politischen Machtverteilung im fernsten Ost-Tibet und schloß in anregender Weise und mit leicht verständlichen Worten Wohnungsbau und Kleidung, Handel und Wandel und zuletzt die außerordentlichen Verkehrsschwierigkeiten, die sich durch die steilen Hochgebirgsrücken und tiefschnittigen Täler mit raschen Flüssen und Strömen dem chinesischen Kaufmann ebenso wie dem Forscher entgegenstellen. Die farbenprächtigen Lichtbilder veranschaulichten in langer Reihe das gesprochene Wort und dürften, ganz abgesehen von den wirkungsvollen Naturschönheiten und den dargestellten seltsamen Kulturerscheinungen, rein technisch betrachtet, das Beste sein, was an Lichtbildern gezeigt werden kann.

**Bereinsnachrichten.**

**Die Reichskonferenz des Touristenvereines „Die Naturfreunde“**  
 am Sonntag, den 5. d. M. in Ruffig.

Versammelt waren Vertreter aller Gae mit Ausnahme der Slowakei. Die Berichte boten ein erfreuliches Bild des Ausbaues und beständigen Wachstums dieser sozial wichtigen Bewegung. Obmann Genosse Dietl berichtete über die Grenzübertrittungsschwierigkeiten und die diesbezüglich unternommenen Schritte, sowie über die durchgeführte 33prozentige Fahrpreiserhöhung auf der A. T. C. Die Frage der Jugendsekctionen kam auch auf dieser Tagung wiederum zur Sprache, doch muß vor endgültiger Regelung noch mit den sog. Jugendverbänden verhandelt werden. Für 1923 wurde die Herausgabe eines „Naturfreunde-Jahrbuches“ beschlossen. Angenommen wurde ferner der Antrag, Bibliotheken anzulegen; über Vorschlag des Genossen Keller-Prag erhalten im kommenden Jahre alle Ortsgruppen den „Rosmos“ und dessen Buchbeilagen als Grundstock der anzulegenden Bibliothek durch den Reichsausschuß unentgeltlich. Die einlaufenden Subventionen ermöglichten es, die eingeleitete Bildungsarbeit auszubauen, und es wurde beschlossen, für diesen Zweck vor allem Projektionsapparate und eine Reihe von Diapositivserien anzukaufen. Genosse Horn-Ratibad beantragte Ankauf von Epidiaskopien, welche auch Karten und Druckfachen aller Art projizieren können. Es wurde beschlossen, den ersten Apparat dieser Art der Ortsgruppe Prag zukommen zu lassen, um die Propagandatätigkeit in der Reichshauptstadt entsprechend erweitern zu können. Gen. Glässel erstattete den Kassabericht, welcher genehmigt wurde. Obmann Ge-

nosse Dietl wird die nötigen Vorbereitungen zur Erleichterung einer auf Gegenseitig beruhenden Unfallversicherung nach Schweizer Muster treffen und der nächsten Reichsausschußtagung zur Annahme vorlegen. Beschlossen wurde ferner, jeder Ortsgruppe unentgeltlich eine Wanderapothek zur Verfügung zu stellen und Sanitätskurse abzuhalten. Ausführlich besprochen wurde auch die Ausgestaltung des Vereinsblattes „Mittelungen“ und die Frage der gemeinschaftlichen Vereinsreisen. Die Arbeitsfreudigkeit der Gaeleitungen läßt hoffen, daß im kommenden Vereinsjahre alle besprochenen und in Angriff zu nehmende Aufgaben reiflos gelöst werden.

**Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.** Zu dem geplanten Seminar über die Geschichte des Sozialismus findet morgen, Donnerstag, um 8 Uhr im Karolinum, II (Eisenstraße), die Vorbesprechung statt. Interessenten willkommen.

**Aus der Partei.**

**Bezirkskonferenz Grulich.** Sonntag, den 12. November, 9 Uhr vormittags, im Lokale des „Adlergebirgsboten“ in Grulich Bezirkskonferenz. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Abg. Genossen Deeger über „Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung“.

**Bezirksfrauenkomitee Prag.** Die für Donnerstag, den 9. November ins Restaurant „Goldenes Kreuz“ einberufene Frauenversammlung mit einem Referate des Abgeordneten Genossen Dr. Politischer mußte auf den 21. d. M. verschoben werden.

**Turnen und Sport.**

**Neue Bestimmungen für reichsdeutsche Leichtathleten.** Eine weit schärfere Kontrolle wie bisher wird die deutsche Sportbehörde für Leichtathletik in Zukunft über die Reisen ihrer Mitglieder nach dem Auslande vornehmen. Es ist jedem Leichtathleten bei Strafe des Disqualifikation verboten, ohne besondere Erlaubnis für jeden einzelnen Fall, mit ausländischen Vereinen in Verbindung zu treten. Auch die Vereine und selbst die Verbände, die sich hiergegen einen Verstoß zuschulden kommen lassen und nicht im Besitz der Genehmigung durch die D. S. V. sind, sollen mit harten Strafen belegt werden, da verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit nicht geeignet waren, das Ansehen des deutschen Sports im Auslande zu heben.

**Ein Länderspiel Italien-Deutschland.** Das Komitee des Italienischen Fußballverbandes hielt vor kurzem in Turin eine Sitzung ab, in der der Präsident beauftragt wurde, bezüglich eines Länderspiels Italien-Deutschland für den Februar 1923 Verhandlungen mit dem Deutschen Fußball-Bund einzugehen.

**Ein Fußballer als Nobelpreiswärter.** Der dänische Fußballer Niels Bohr, der vor einigen Jahren zu den besten Spielern Dänemarks zählte und an vielen internationalen Auswahlspielen teilnahm, zählt in seiner Heimat zu den namhaftesten Gelehrten und hat große Aussicht, den diesjährigen Nobelpreis für Physik zu bekommen.

**OSRAM NITRA**

Die Lichtfülle der Osram-Nitra-Lampe bei geringstem Stromverbrauch ist unübertroffen

110

**Amerikanische Dauerbrand-Oefen**

Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!

**AMERICAN HEATING**  
 Akt.-Ges. Prag  
 Národní 33. Tel. 3428

Regioverkauftstellen:  
 Reichenberg: Wienstraße 21.  
 Marienbad: Kurh. Lothringens  
 Brünn: Salzmarkt 7.  
 Mähr. Ostrava: Bahnhofstraße 17

**Autoren in Spanien.** Aus Barcelona meldet Havas: Der große internationale Preis von Penha Rhin für leichte Fahrzeuge wurde von einem französischen Kraftwagen gewonnen, der von Leo Guinich gelenkt wurde. Er legte die Strecke von 577 Kilometer in 4 Stunden, 35 Minuten und 46 Sekunden zurück. Zwei österreichische Fahrer, die angemeldet waren, haben am Start nicht teilgenommen.

Einem sensationellen Knoc-out gab es in Philadelphia; Sid Marks wurde von Joe Typsic knoc-out geschlagen. Das Match dieser beiden belanglosen Leute dürfte deshalb in die Boxgeschichte eingehen, weil der Kampf bis zum Niederschlag kaum zwei Sekunden gewährt hatte. Unmittelbar nach dem Gonggeiden war auch schon Marks im Reich der Träume. Die bisherige „Rekordzeit für Knoc-out“ betrug vier Sekunden.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**  
**Das Beste für Ihre Augen**  
 liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
 Graben 25, Kl. Bazar.

**Warnung!**  
 Dr. Rabuse — Psychoanalytiker wurde vom Staatsanwalt Bent verhaftet.  
 Dr. Rabuse — der große Spieler mit Menschen und Schicksalen ist endlich entlarvt und sein verderbendes Handwerk gelegt.  
 Dr. Rabuse — wird seine Praxis bei uns nicht mehr ausüben, jedoch  
 Dr. Rabuse — und sein Tag,  
 Dr. Rabuse — und seine Nacht sind glücklich im Filme  
 Dr. Rabuse — der Spieler festgehalten.  
 Beginn der Vorstellungen ab Freitag, den 10. November 1922 im  
**Bio „Sanjouci.“** 1178

Herausgeber: Dr. Ludwig Tjch und Karl Czernak.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
 Für den Druck verantwortlich: C. Polih.

**KC 240**  
 ein wollener Herrenanzug neuesten Schnittes, mit Wollserge.

**240**  
 Ein wollener Überzieher mit Wollserge.

**240**  
 ein Kimonoraglan, auch anliegend

**240**  
 Ein kurzer Winterrock mit Fellkragen.

**Bessere und feinste Sorten Anzüge, Überzieher, Raglans, Gummimäntel, Paletot und Pelze KC 290.-, 330.-, 390.-, 450.- und höher**  
 bis zur allerfeinsten Gattung.  
 Muster und Preislisten werden nicht versendet.  
 Auswahlendungen werden nicht effektiert.  
 Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko.  
 Nichtkonvenientes wird umgetauscht oder der Betrag retourniert.

**Konkeltionshaus Sigmund Stránský**  
 Prag, Hybernská. 1165

**WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7.**  
 hat alle Manufakturwaren, Wäsche, Gummimäntel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel in unerreicht billigen Preisen!